

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer **31**

Juli / August 2006

**„Wer nicht
arbeitet, soll
auch nicht
essen“**



Inhalt:

Ernst-Meyer-Allee - War Opa etwa doch ein Nazi?
Bleiberecht für Geduldete - Flüchtlingspolitischer Aufruf
ALG II - Kosten der Arbeitslosigkeit - Landkreis Celle unterliegt und unterliegt
Wilhelm Heinichen - ... sie nach Buchwalde abzuschieben ...
Münteferings "Optimierung" - Mehr Kontrolle, mehr Sanktionen
"celler hefte" Nationalsozialismus im Unterricht
Rechter Black-Metal auch in Celle

Inhalt

Ernst-Meyer-Allee War Opa etwa doch ein Nazi? . . .Seite	03
150 Initiativen aus Niedersachsen fordern Bleiberecht für Geduldete Flüchtlingspolitischer Aufruf .Seite	05
Ein Vergleich vor und nach ALG II Kosten der Arbeitslosigkeit . . .Seite	06
ALG II Landkreis Celle unterliegt und unterliegtSeite	07
Wohngemeinschaften sind keine "Haushaltsgemeinschaft" Landkreis scheitert vor LandessozialgerichtSeite	08
Veranstaltung mit Ulla Jelpke "Freiheit stirbt mit Sicherheit"Seite	08
Wilhelm Heinichen . . . sie nach Buchwalde abzuschiebenSeite	09
Lokales - MeldungenSeite	10
Münteferings "Optimierung", Mehr Kontrolle, mehr Sanktionen . .Seite	14
. . . neulich im Kapitalismus Khulumani! liebe brüder & schwestern . . .Seite	16
Literatur Militante GeselligkeitSeite	17
Rolf Bertram im Rosa-Luxemburg-Club Mit Sonnenenergie in eine andere ZukunftSeite	18
"celler hefte" Nationalsozialismus im UnterrichtSeite	19
Erinnerungs- und Gedächtniskultur nach 1945 in Celle Gedächtnislücken?Seite	20
Rechter Black-Metal auch in CelleSeite	21
Celle ist die rührigste QuartierstadtSeite	21
TermineSeite	23

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir müssen bzw. wollen uns bei Euch bedanken: in letzter Zeit gab's jede Menge Lob für unser Blättchen. Das hat uns riesig gefreut. Eine der Hauptfragen beim Zeitungsmachen ist ständig: wen erreichen wir, was erreichen wir, hat das alles Sinn, etc?? Und wenn wir dann mal so ein nettes Feedback bekommen und das auch noch von mehreren Seiten ist das toll!



Wenn wir das nächste mal rauskommen, sagen wir besser nicht, das klappt ja ohnehin nie pünktlich. Aber nach den Sommerferien geht's weiter. Schickt uns weiter eure Beiträge.

Fröhliche Sommerzeit wünscht
Eure revista-Crew

Liebling der Ausgabe:

1. (-) Gert-Wilhelm Gonell
fürstliche Ressentiments
2. (1) Gerd Schomburg
Spargelstecher im Visier
3. (-) Peter Struck
Freund der Friseurinnen
4. (-) Astrid Peters
Ordensschwester
5. (-) Jörg Bode
Blockwart

Impressum:

Revista, Nr.31
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Ernst-Meyer-Allee

War Opa etwa doch ein Nazi?

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn man in Celle auf einmal entdeckt, dass es auch hier mal Mitglieder der NSDAP gab. Und tatsächlich waren ja zwischen 1933 und 1945 keine Widerstandskämpfer auf den Posten des Oberbürgermeisters und Landrats, sondern PGs (= Parteigenossen). Sollte Opa doch ein Nazi gewesen sein, fragen sich entsetzt die Enkel.

Neu ist das alles nicht. Ernst Meyer, Oberbürgermeister zwischen 1924 und 1945, wurde durch die Briten ebenso seines Amtes enthoben und in ein Internierungslager gesteckt wie Wilhelm Heinichen. Auch nach ihm, Landrat zwischen 1919 und 1945, seit 1933 Mitglied der NSDAP und förderndes Mitglied der SS wurde eine Straße benannt. Heinichen war schließlich von 1952 - 1964 trotz seiner ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft Celler Oberbürgermeister und 1964 gar zum Ehrenbürger ernannt worden. Schaut man ins Adressbuch findet man mit Kurt Blanke eine Benennung nach einem weiteren Nachkriegsoberbürgermeister (1964 - 1973), der 1938 an der Celler Pogromnacht beteiligt war und sich während der Besetzung Frankreichs als Oberkriegsverwaltungsrat aktiv an der Enteignung der jüdischen Bevölkerung beteiligt hatte - selbstverständlich war er NSDAP-Mitglied. Ihm folgte im Oberbürgermeisteramt von 1973 bis 1986 Dr. Helmuth Hörstmann, NSDAP- und SS-Mitglied ab 1937. Im Wissen um diese Geschichte gab man der Straße am Neuen Rathaus seinen Namen, der jetzt bis in die nahe Ewigkeit den Briefkopf der Stadt Celle zieren wird. Und auch die beiden "großen Damen" der Heimattümelei Carla Meyer-Rasch (1885-1977, 1973 zur Ehrenbürgerin ernannt) und Hanna Fuess (1886-1972, als "Hurtige Feder" mit viel Begeisterung dabei) standen dem Nationalsozialismus so nahe, dass den nach ihnen benannten Straßen ein übler Beigeschmack anhaftet.

Die Skandalisierung im Fall Ernst Meyer kam ein bisschen überraschend, und in gewisser Weise trifft es ihn auch wohl nur deshalb, weil er schon seit 1948 unter der Erde ist. Im Unterschied zu den anderen konnte er sich deshalb nicht mehr zum demokratischen Musterknaben entnazifizieren. Trotzdem trifft es keinen Falschen. Auch wenn er 1933 nur aus purem Opportunismus im Amt blieb, war er schnell einer der Stützen des lokalen NS-Regimes. An "Persönlichkeiten" wie ihm lag es, dass selbst skeptische Teile des Bürgertums binnen kürzester Zeit ins Lager der Nazis wechselten. Eifrig machte er nicht nur Propaganda für den Nationalsozialismus, sondern betrieb eine Kommunalpolitik im Sinne der Ziele des NS: Kasernen für den Krieg; Förderung der Spinnhütte als wichtigstem Fallschirmseidehersteller; Verfolgung der widerständigen Arbeiterbewegung; Ausgrenzung, Enteignung und Deportation der jüdischen Bevölkerung; (Mit-)Befehlsgeber zur so genannten Hasenjagd am 8. April 1945.

Mijndert Bertram, den die Cellesche Zeitung jetzt als "his-

torischen Staatsanwalt" eingespannt hat, hat das Wesentliche zu Ernst Meyer schon in der 1992 erschienen Stadtgeschichte "Celle - eine deutsche Stadt vom Kaiserreich zur Bundesrepublik" geschrieben: Der 1886 in Northeim geborene Verwaltungsjurist war 1924 in Celle als Oberbürgermeister gewählt worden. In politischer Hinsicht hatte er sich bis dahin äußerst "flexibel" (Bertram) gezeigt. Zunächst treuer Monarchist, war er 1917 der extrem nationalistischen Vaterlandspartei beigetreten. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg war er zunächst Mitglied der Nationalliberalen Volkspartei, dann der Deutschen Volkspartei - letztere war in fast allen Koalitionsregierungen der Weimarer Republik vertreten. Als Celles Oberbürgermeister zeichnete er sich zunächst durch eine Anlehnung ans nationalistische Lager genauso aus wie durch eine aggressive Politik gegenüber dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung.

Warum sollten die Nationalsozialisten ihn also 1933 aus dem Amt entfernen? Meyer blieb, hängte sein Fähnchen nach dem Wind und beantragte schnell die Aufnahme in die NSDAP. Doch da gab es ein Hindernis. Er war Mitglied sowohl in der Celler Freimaurerloge "Zum hellleuchtenden Stern" wie einer Lüneburger Loge - und Logen waren den Nationalsozialisten suspekt. "So konnte er seine Ergebenheit dem neuen Regime gegenüber nur unter Beweis stellen, indem er der SS als förderndes Mitglied sowie der NSV [nationalsozialistische Volkswohlfahrt] und dem Nationalsozialistischen Rechtswahrbund beitrug. Auf sein Gesuch hin wurde er dann durch einen Gnadenerlass Hitlers vom 1. Mai 1941 schließlich doch noch Parteigenosse." Das schreiben Bertram und Voss 1995 im Begleitband zur Ausstellung "Celle 45" unter Bezugnahme auf Meyers NS-Personalakte im Berliner Document Center.

Das alles ist längst bekannt, und auch ein erneuter Blick in diese Akte, wie die Stadtverwaltung ihn vornehmen will, wird hier nichts Neues bringen. Anders ist es vielleicht mit der Bewertung von Meyers Verantwortung für die Deportationen und seine Befehlsgewalt für das Massaker vom 8. April 1945 an den entflohenen Häftlingen eines KZ-Zuges. Allerdings war auch die längst bei Bertram zu lesen und wurde auf Veranstaltungen zum Nationalsozialismus gelegentlich thematisiert:

Wie wurde Meyer bei den Deportationen zum Akteur? Die Antwort ist einfach: als Funktionsträger. Der Oberbürgermeister war seinerzeit gleichzeitig Chef der Ortspolizeibehörde. Und in dieser Funktion nahm er Aufträge der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) entgegen, z.B. Juden mit dem nächsten Sammeltransport nach Auschwitz "überführen zu lassen". Bertram hat in den Akten des Gerichtsgefängnisses mehr als 500 solcher "Überführungen" von Celle aus in Konzentrationslager gezählt.

Wer gab die Befehle für das Massaker vom 8. April 1945? Die Befehlsgewalt ging aus von der Luftschutzbefehlsstelle im Celler Schloss. Handelnde hier: Oberbürgermeister Ernst Meyer, der Major der Schutzpolizei, Hermann Oetzmann, und Generalmajor Paul Tzschöckell (der so genannte Standortälteste). Und laut Einsatzplan hatte Meyer die Befehlsgewalt bei der Behebung von Notständen nach Fliegerangriffen. Es ist davon auszugehen, dass er als lokaler Polizeichef jener Gruppe von zwölf Polizisten den Auftrag gab, der SS bei der Festnahme der Häftlinge zu helfen. Dabei soll der Befehl ausgegeben worden sein: Wer plündere, Widerstand leiste oder flüchte, sollte erschossen werden.

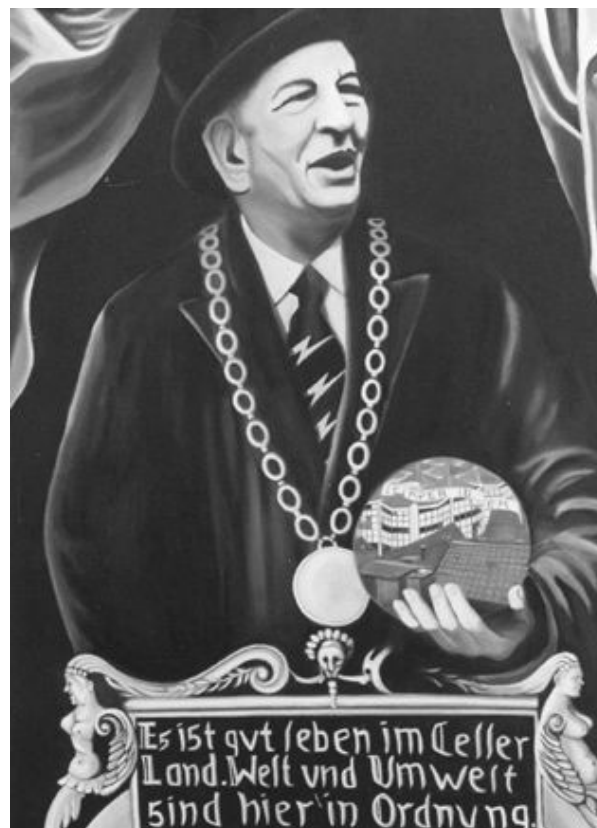
Selbstverständlich wollten die bürgerlichen Eliten nach 1945 nichts von ihrer Verantwortung wissen. Die Schuld wurde abgeladen auf die Partei-Funktionäre. Die eigene Rolle dahingehend umgedeutet, man habe ja nur Schlimmeres verhüten wollen. Hätte man ihnen wenigstens spöttisch entgegengehalten, dass das ja scheinbar "so gut" gelungen sei, dass man auf ihre weiteren Dienste lieber verzichte. Es lief bekanntlich anders. Interessant ist hier eine Passage aus dem 1964 erschienenen Verwaltungsbericht der Stadt Celle für die Jahre 1926-1955; in ihrem Vorwort schreiben Oberbürgermeister Heinichen und Oberstadtdirektor Eichelberg: "Aus politischen Gründen erhielten Ehrenbürgerrecht am 8. Februar 1934 der damalige Preußische Justizminister Hanns Kerrl und am 13. Juni 1936 der Gauleiter der NSDAP Otto Telschow. Oberbürgermeister Ernst Meyer, der von 1924 bis 1945 die Stadtverwaltung geleitet hat, ist nicht mehr Ehrenbürger geworden, aber nach seinem Tode am 13. Juni 1948 seinen großen Verdiensten entsprechend auf dem Platz der Ehrenbürger auf dem Stadtfriedhof beigesetzt worden." Wahrscheinlich ist den Autoren der erhellende Charakter dieses knappen Hintereinander gar nicht bewusst gewesen.

Die Reaktionen auf die Problematisierung der Rolle Meyers und der nach ihm benannten Straße waren bezeichnend: Die "Spontis" von der SPD waren selbstverständlich schon immer dagegen. Der SPD-Unterbezirkvorsitzende Wallat fordert nach eigenem Bekunden seit den 1980er Jahren eine Umbenennung der Straße. Ähnlich die Jusos. Sie nahmen in einer Pressemitteilung für sich in Anspruch, sich bereits vor zwei Jahren für eine Umbenennung dieser Straße ausgesprochen und entsprechende Anträge an die Mitgliederversammlungen und Parteitage der Celler SPD gestellt zu haben. (Über ein Ergebnis informierte die Pressemitteilung nicht.) Gefordert wird dann witzigerweise sowohl von Wallat wie von den Jusos eine Benennung nach Heinrich Albertz. Damit nun kommen sie etwas spät, denn die Heinrich-Albertz-Straße gibt es in Celle bereits. Die Verwaltungsspitze und die anderen Parteien neigen dazu, erst mal zu prüfen und nichts "unter den Teppich zu kehren".

Bei den veröffentlichten Leserbriefen ging's ausgewogen zu. Die einen für, die anderen gegen Meyer. Interessant ist hier ein langer Leserbrief des ehemaligen Oberstadtdirektors Ulrich von Witten. Denn, ohne dass er es merkt, beschreibt er eine Voraussetzung für die Umsetzung des Völkermords an den europäischen Juden: "Nach den Polizeigesetzen hatte die örtliche Polizeibehörde, also der Oberbürgermeister, den

Anweisungen der Polizeiaufsichtsbehörde Folge zu leisten. Diese Anweisungen waren grundsätzlich bindend und entoben den Angewiesenen der eigenen Verantwortung. Die Nichtbeachtung war ein Dienstvergehen. Da hier die Anweisungen von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gekommen waren, hatte Meyer als Hilfsorgan der Staatsdienstpolizeistelle tätig zu werden. Ein Dienstvergehen infolge Nichtbeachtung dieser Anweisungen hätte vor dem Krieg die Entlassung aus dem Amt bedeutet. Später war man rigoroser. So kann Ernst Meyer eigentlich nur vorgeworfen werden, nicht Widerstand geleistet zu haben. ... Er war ein Glied in einer Kette, die er nicht geschaffen hatte. Insoweit ist ihm kein Schuldvorwurf zu machen." (CZ, 28.04.2006) Da sich der ehemalige Oberstadtdirektor nach rechts von der CDU weg bewegt hat, steht immerhin nicht zu befürchten, dass sich der Rat demnächst mit dem Vorschlag einer "Ulrich-von-Witten-Straße" beschäftigen muss.

Die Linke kann sich eigentlich nur verwundert die Augen reiben. Bei einer am 1. September 1984 durchgeführten antifaschistischen Stadtrundfahrt wurde das Straßenschild der "Ernst-Meyer-Allee" überklebt; für 24-Stunden hieß sie "Otto-Elsner-Straße", nach dem Vorsitzenden der Celler KPD, der vor 1933 und nach 1945 im Stadtrat und dazwischen einige Jahre in Knast und Konzentrationslager saß. Diese Vita fand bisher keine SPD-Ratsfraktion ehrenswert, weil - wie man der VVN/BdA 1983 schrieb - "in der politischen Realität nahezu keine Unterschiede zwischen ihm [dem Kommunismus] und dem Faschismus auszumachen sind." Es ist weiterhin nicht damit zu rechnen, dass bei einer Umbenennung der lokale Widerstand gegen den Nazi-Faschismus mal eine Würdigung erfährt. Wenn aber z.B. an ein Opfer von Meyers Wirken wie den in Auschwitz ermordete Celler Jude Robert Meyer erinnert würde, spräche nichts dagegen. RR.



Ex-OB Helmuth Hörstmann, Ölgemälde von RWLE Möller

Flüchtlingspolitischer Aufruf

150 Organisationen und Einzelpersonen, darunter der AK Ausländer Celle, fordern vom Land Niedersachsen eine andere Flüchtlingspolitik. In einem Ende April in Hannover vorgestellten flüchtlingspolitischen Aufruf wird insbesondere ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge angemahnt.

Eine aus humanitären Aspekten längst überfällige Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge darf nach Ansicht der Unterzeichner nicht an den Nachweis einer Arbeit geknüpft werden. Angesichts einer Realität, die ihnen in der Regel eine Arbeitserlaubnis vorenthält, in der Tat eine zynische Absurdität. Nach Angaben von Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat leben in Niedersachsen derzeit rund 23000 Personen mit einer Duldung und das heißt der permanenten Angst vor einer Abschiebung.

Im Aufruf heißt es u.a.:

"Mit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes haben viele für Flüchtlinge engagierte Organisationen die Hoffnung verbunden, dass sich für geduldete Menschen und Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus endlich die rechtliche Situation deutlich verbessern werde. Vor allem die Abschaffung der so genannten Kettenduldungen war ein Kernelement des Zuwanderungskompromisses, der langjährig hier lebenden Menschen endlich einen gesicherten Aufenthaltsstatus hätte geben sollen.

Im ersten Jahr nach Einführung des Gesetzes hat sich jedoch gezeigt: Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die vom niedersächsischen Innenministerium vorgegebenen Auslegungsvorschriften haben zur Folge, dass nur ein Bruchteil der Betroffenen tatsächlich eine Aufenthaltserlaubnis erhält. Wir stellen fest, dass die Abschiebungspraxis immer härter wird. Betroffen sind oft auch Familien, die seit zehn Jahren und mehr bei uns leben, deren Kinder in Niedersachsen geboren sind und hier zur Schule gehen. Niedersachsen ist ihre Heimat geworden. Das Herkunftsland ist ihnen fremd, oftmals kennen sie es nur von Erzählungen oder von Fotos, sprechen seine Sprache nicht. Fast täglich ist auch in Niedersachsen zu erleben, was es insbesondere für Kinder heißt, ohne sicheren Aufenthaltsstatus leben zu müssen: Kinder kommen nicht zur Schule, weil sie Angst haben, die Polizei hole sie aus dem Unterricht, da sie abgeschoben werden sollen oder bereits abgeschoben worden sind. Jugendliche erhalten keine Ausbildungsstelle, weil sie nicht das richtige Aufenthaltspapier besitzen.

Wir, die Erstunterzeichner wie Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Deutscher Gewerkschaftsbund in Niedersachsen, halten die gegenwärtige Praxis für inhuman und inakzeptabel besonders gegenüber Familien mit Kindern. Wir fordern daher die Landesregierung und hier insbesondere den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann auf, die gegenwärtige Flüchtlingspolitik zu überprüfen und unsere nachfolgenden Forderungen zu berücksichtigen. Denn die

gegenwärtige Praxis ist mit dem Selbstverständnis eines humanitären und demokratischen Rechtsstaats oftmals nicht vereinbar."

Konkret fordern die Unterzeichner der Aufrufs von der Landesregierung "eine an den Menschen orientierte Bleiberechtsregelung für Geduldete einzutreten: Alleinstehende, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, und Familien mit Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland leben, müssen einen dauerhaften gesicherten Aufenthaltstitel erhalten. Bis zum Beschluss einer Bleiberechtsregelung müssen die Betroffenen durch einen Abschiebungsstopp geschützt werden."



Auf der Pressekonferenz wurde auch ein Schreiben von Feyzula Bulut aus Wathlingen im Landkreis Celle verteilt, das die absolut beschämende und nicht mehr h i n n e h m b a r e Wirkung der bundesdeutschen Abschiebungspolitik für die Betroffenen deutlich macht.

RR.

Einer nach dem Anderen -
oder wie Familien systematisch auseinandergerissen und zerstört werden

1992 kamen wir als achtköpfige Familie nach Deutschland. Hier wurden dann noch meine beiden jüngeren Schwestern Suzan und Leyla geboren. Leider mussten meine drei älteren Geschwister im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre das Land wieder verlassen.

Zuerst Mustafa im September 2004. Er war 18 geworden. Im Zuge der gerichtlichen Anerkennung meiner Eltern im Mai 2004 bekam er kein Bleiberecht, auch keine Chance zum Arbeiten. So musste er Deutschland durch eine sogenannte 'freiwillige Ausreise' verlassen.

Bereits ein Vierteljahr später, im Dezember 2004, geschah das für mich immer noch Unfaßbare: mein ältester Bruder Suleyman, den man wegen seines in der Türkei erlittenen frühkindlichen Traumas bisher noch geschont hatte, wurde drei Tage vor Weihnachten mitten in der Nacht überfallartig von der Polizei abgeholt, nach Düsseldorf gebracht und abgeschoben. Und das, obwohl er einen Ausbildungsplatz in Aussicht gehabt hatte, den er aber mangels Arbeitserlaubnis

nicht annehmen durfte. Suleymans unmenschliche Abschiebung war für mich das Erschütterndste und Unglaublichste, was ich bisher in meinem Leben erlebt habe. Noch heute haben wir als Familie immer wieder die Bilder jener Nacht vor Augen.

Vor drei Wochen nun mußte meine Schwester Zeynep Deutschland verlassen. Sie hatte eine feste Arbeit, sie hat im Dezember vergangenen Jahres geheiratet, sie war und wäre nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen. Nun ist sie in der Türkei um ein Einreisevisum zu beantragen. Was als so einfach hingestellt wurde, erweist sich nun doch als kompliziert und zeitaufwändig. Der einfache Gang zur Botschaft in Istanbul reicht nicht aus. Inzwischen ist Zeynep im Osten der Türkei, in Idl. dem früheren Wohnort meiner Eltern. Und es scheint nun doch eine Sache von Monaten zu werden, bis sie ihre Papiere zusammenhat und zurückkommen darf.

Als Nächster werde ich 18. Das dauert noch ein gutes Jahr - aber dann bin ich dran. Dieses Jahr mache ich meinen Realschulabschluss. Bisher habe ich ca. 25 Bewerbungen geschrieben, Ich bin für alle Richtungen offen - die Hauptsache wäre mir, dass ich einen Beruf erlernen könnte.

Bisher habe ich auf die Hälfte meiner Bewerbungen Absagen erhalten, die anderen Antworten stehen noch aus. Auch meine ca. 20 telefonischen Anfragen waren erfolglos. Anders als meine beiden älteren Brüder habe ich ja sogar eine Arbeitserlaubnis. Doch die allein, ohne Arbeit, kann meinen Status in Deutschland nicht sichern.

Ohne Arbeit werde auch ich gehen müssen!

Ohne Arbeit müssen meine Eltern einen weiteren Sohn ziehen lassen in das Land, das nicht seine Heimat ist!

Ohne Arbeit ist mein Bruder Mehmet in drei Jahren der Nächste

... und in vier Jahren Aziz!

Stellvertretend für die vielen anderen ausländischen Familien, die sich in einer ebensolchen ausweglosen Situation befinden und die auch so unbarmherzig behandelt werden, möchte ich hier heute die Frage stellen:

Warum dürfen wir nicht endlich da zu Hause sein, wo wir aufgewachsen und verwurzelt sind? Wo unsere Familien und unsere Freunde sind, wo unsere Heimat ist?

Wathlingen, 22. März 2006

Feyzula Bulut

Ein Vergleich vor und nach ALG II

Kosten der Arbeitslosigkeit

Keine gewaltige Kostensteigerung

In der politischen Diskussion wird immer wieder behauptet, die Kosten für Hartz IV wären völlig aus dem Ruder gelaufen. Das mag vielleicht zutreffen für die Spekulation auf Kostenminderung, die die Schröder-Regierung damit verbunden hatte, aber nicht für den nüchternen Vergleich zwischen den Kosten für Arbeitslosigkeit vor und nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping hatte beim Arbeitsministerium nach den Vergleichszahlen gefragt und Anfang Mai eine Antwort erhalten. Wir dokumentieren.

Frage von Katja Kipping, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei:

Wie hoch waren in den vier Jahren von 2000 bis 2004 jeweils die jährlichen Kosten für die Zahlung von Arbeitslosenhilfe, die Zahlung von Sozialhilfe sowie Wohngeld an arbeitslose Hilfebedürftige? Wie hoch waren im Vergleich in 2005 die Kosten für die Grundsicherung für Arbeitssuchende?

Antwort von Gerd Andres, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium:

(...) Bund, Länder und Kommunen haben somit im Jahr 2004 insgesamt 30,6 Mrd. Euro (ca. 18,8 Mrd. Euro an Arbeitslosenhilfe, ca. 7,8 Mrd. Euro an Sozialhilfe für Erwerbsfähige inklusive Krankenhilfe und ca. 4,0 Mrd. Wohngeld für Erwerbsfähige) an Transferausgaben geleistet.

Die Transferausgaben (einschließlich

Sozialversicherungsbeiträge) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende betragen im Jahr 2005 ca. 37,3 Mrd. Euro (davon ca. 25,0 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld II, ca. 0,10 Mrd. Euro für den Kinderzuschlag, ca. 0,09 Mrd. für einmalige Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II und ca. 12,1 Mrd. Euro für Kosten der Unterkunft).

Bei einem Vergleich der Ausgaben für erwerbsfähige Hilfebedürftige des Jahres 2004 mit den Ausgaben des Jahres 2005 muss allerdings berücksichtigt werden, dass auch in den alten Systemen aufgrund der ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes die Ausgabenbelastung im Jahr 2005 zugenommen hätte. Aus diesem Grund wurden Transferleistungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe und des Wohngelds auf das Jahr 2005 fortgeschrieben.

Hochrechnung 2005, Ausgaben in Mrd. Euro:

Arbeitslosenhilfe: 22,9, Sozialhilfe für Erwerbsfähige: 8,4, Wohngeld: 4,2.

(...) Somit ergibt sich, dass auch in den alten Systemen die Transferausgaben auf ca. 35,5 Mrd. Euro angestiegen wären

Teilweise haben leistungsrechtliche Verbesserungen den Anstieg der Ausgaben (35,5 Mrd. Euro im alten im Vergleich zu 37,3 Mrd. Euro im neuen System) bewirkt.



Beispielsweise werden nun für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, also auch für die bisherigen erwerbsfähigen Sozialhilfebezieher, Rentenversicherungsbeiträge abgeführt und alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind krankenversichert. Allein an die Rentenversicherung wurden im Jahr 4,2 Mrd. Euro abgeführt, wohingegen die alten Systeme nur lediglich im Bereich der Arbeitslosenhilfe ca. 2,8 Mrd. Euro dafür aufgebracht haben.

Fazit von Katja Kipping:

„Im Klartext heißt das: Gegenüber der früheren Regelung gibt keine Kostenexplosion, die auf angeblichen Missbrauch

zurückzuführen ist. Was es gibt, ist eine Verschiebung der Kosten: Früher erfolgte die Zahlung in Form von Sozialhilfe, Wohngeld und Arbeitslosenhilfe; heute erfolgt die Leistung in Form von ALG II plus Kosten der Unterkunft.“

Zudem muss bedacht werden, dass durch Hartz IV die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I verkürzt wurde, was automatisch zu einer höheren Anzahl der ALG II-Empfänger führt. Andererseits entstehen damit Einsparungen beim Arbeitslosengeld I, mit diesen Einsparungen wird u.a. die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenhilfe finanziert.

(Aus: Politische Berichte, 12/2006)

ALG II

Landkreis Celle unterliegt und unterliegt

Gegen die Auffassung des Landkreises Celle hat das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen im einstweiligen Anordnungsverfahren in mindestens zwei Fällen festgestellt, dass für Wohngemeinschaften nicht die für Bedarfsgemeinschaften "angemessene Wohnungsgröße" zugrunde gelegt werden darf.

Zum Hintergrund: Der Landkreis Celle hatte die Auffassung vertreten, dass hinsichtlich der Größe der Wohnung Erwerbslose in Wohngemeinschaften mit so genannten "Bedarfsgemeinschaften" gleichgestellt werden müssten. Damit hätten Erwerbslose, die in Wohngemeinschaften leben, einen erheblich geringeren Anspruch bei der Erstattung der Miete gehabt. Denn während sich für allein Lebende Erwerbslose die Angemessenheitsobergrenze auf eine Wohnungsgröße von 50 qm bezieht, gelten für eine Zwei-Personen-Bedarfsgemeinschaft nur 60 qm als angemessen.

In dem Fall in der Stadt Celle hatte die Zwei-Personen-WG eine Wohnung mit 88 qm, in dem anderen Fall in einer Landkreisgemeinde hatte die Zwei-Personen-WG eine Wohnung mit 78 qm. Der Landkreis befand dies in beiden Fällen für nicht angemessen und wollte den erwerblosen WG-Bewohnern nicht die volle Miete erstatten.

In dem Beschluss des Landessozialgerichts vom 13.04.2006 (L 9 AS 131/06 ER) wird das Ansinnen des Landkreises Celle, das Wohnen in einer Wohngemeinschaft mit dem in einer Bedarfsgemeinschaft gleichzustellen, aber eindeutig zurückgewiesen: "Insbesondere kann nicht ohne weiteres die für einen Zweipersonenhaushalt (Bedarfsgemeinschaft) angemessene Wohnungsgröße von 60 m² ... der Berechnung zugrunde gelegt werden; denn der Beschwerdeführer lebt nicht in einer Bedarfsgemeinschaft, sondern lediglich in einer Wohngemeinschaft, bei der nicht von annähernd gleichen Lebens- und Wohnverhältnissen ausgegangen werden kann." Begründet wird dies so: "Im Gegensatz zur Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaft, bei denen typischerweise die gesamte Wohnung gemeinschaftlich genutzt wird, zeichnen sich

Wohngemeinschaften, wie vorliegend, typischerweise dadurch aus, dass es eigengenutzte Hauptwohnbereiche innerhalb der Wohnung zur ausschließlichen und alleinigen Nutzung gibt und lediglich die Nebenbereiche wie Küche, Flur, Toilette und üblicherweise ein gemeinsamer Gemeinschaftsraum zur gemeinschaftlichen Nutzung gemeinschaftlich genutzt werden. Hieraus folgt wiederum, dass unter Berücksichtigung dieser Grundsätze der Raumbedarf von Wohngemeinschaften größer ist als dies bei einer Bedarfsgemeinschaft der Fall ist."

Ähnlich hatte das Landessozialgericht schon in einer Entscheidung vom 23. März 2006 (L 6 AS 96/06 ER) geurteilt: "Insbesondere kann nicht ohne Weiteres die für einen 2-Personenhaushalt (Bedarfsgemeinschaft) angemessene Wohnungsgröße von 60 qm zugrundegelegt werden. Denn es kann jedenfalls nicht ohne Weiteres von annähernd gleichen Lebens- und Wohnverhältnissen in einer Wohngemeinschaft einerseits und einer Bedarfsgemeinschaft andererseits ausgegangen werden. Nachvollziehbar hat die Antragstellerin die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse in diesen Gemeinschaften hervorgehoben. Während bei einer ("reinen") Wohngemeinschaft die einzelnen Mitglieder für sich, räumlich getrennt voneinander leben, wenn sie auch - in unterschiedlichem Umfang - Räume gemeinschaftlich nutzen mögen, kennzeichnet eine Bedarfsgemeinschaft persönliche und damit auch räumliche Nähe (redensartlich: Teilen von Tisch und Bett)."

Deshalb sah das Landessozialgericht die Wohnkosten der Erwerbslosen in beiden Fällen in voller Höhe als angemessen an.



Wohngemeinschaften sind keine "Haushaltsgemeinschaft"

Landkreis scheitert vor Landessozialgericht

Es grenzt mittlerweile an Realitätsverlust, was der Landkreis Celle mal um mal versucht. Bei den so genannten Kosten der Unterkunft (KdU) für Bezieher von Arbeitslosengeld II will der Landkreis Celle einfach nicht die gängige Rechtsprechung anerkennen. Immer wieder wird versucht, den Betroffenen die Erstattung der Mietkosten in voller Höhe vorzuenthalten. Und dies obwohl das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen sich zum wiederholten Mal darauf festgelegt hat, dass die "rechte Spalte" der Wohngeldtabelle Gültigkeit hat und nicht die 4,35 bzw. 4,86 pro qm, die der Landkreis Celle in Landkreisgemeinden bzw. in der Stadt als Obergrenze bewilligen will. Zuletzt entschied das LSG am 9. Mai in einem einstweiligen Anordnungsverfahren: Im Fall einer zweiköpfigen Bedarfsgemeinschaft in einer Landkreisgemeinde muss der Landkreis statt der gewährten KdU in Höhe von 318,00 monatlich 345,00 zu zahlen. Begründung. "Dieser Betrag ergibt sich unter Zugrundelegung des Wertes der rechten Spalte der Tabelle zu § 8 Wohngeldgesetz. Dieser Wert wird nach der Rechtsprechung des 8. Senats des erkennenden Gerichts regelmäßig zu Grunde zu legen sein, wenn - wie hier - nicht spezielle örtliche Mietspiegel vorhanden sind, auch um Leistungsempfängern und den Sozialleistungsträgern zur Bestimmung des Begriffs der Angemessenheit klare und eindeutige >Richtlinien< an die Hand zu geben." (L 6 AS 114/06

ER)

Wenn man von Missbrauch spricht, ist dieser Vorwurf in Fällen wie diesen gegen den Landkreis zu erheben. Wie oft will der Landkreis eigentlich noch auf Kosten der Steuerzahler die Gerichte bemühen, bis er endlich anerkennt, dass seine Auffassung von der Angemessenheit der Unterkunftskosten keine Rechtsbasis hat?



Veranstaltung mit Ulla Jelpke

"Freiheit stirbt mit Sicherheit"

"Staatliche Repression, Bürgerrechte und das Problem der öffentlichen Sicherheit" - das ist in etwa das Themenfeld, zu dem die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke am Mittwoch, den 19. Juli, um 19 Uhr, im Bunten Haus referieren wird. Ulla Jelpke dürfte mittlerweile die bundesdeutsche Linke mit der längsten Parlamentserfahrung sein, wobei sich bei ihr tatsächlich "Linke" und "Parlament" nicht ausschließen. Sie war in den 1980er Jahren Abgeordnete der GAL in Hamburg, gehörte 1990 der ersten Bundestagsfraktion der PDS an und ist seit der letzten Bundestagswahl Abgeordnete der Linksfraktion.

Im Parlament hat sie sich als innenpolitische Expertin vor

allem mit dem Abbau von Bürgerrechten auseinandergesetzt. Seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center sind auch in Deutschland alle Dämme gebrochen: Immer mehr Freiheitsrechte werden dem Sicherheitsdenken geopfert. Doch eine kritische gesellschaftliche Diskussion hierzu verläuft eher auf Sparflamme und unter Experten.

Vielleicht bietet die Veranstaltung mit Ulla Jelpke mal eine Gelegenheit, die Gefahren dieser Entwicklung zu diskutieren. Die Referentin kommt übrigens auf Einladung des Bunten Hauses nach Celle.

... sie nach Buchwalde abzuschieben ...



Die von der Celleschen Zeitung losgetretene Debatte um die Nazi-Vergangenheit ehemaliger Celler Kommunalpolitiker bezog sich am Rande auch auf Wilhelm Heinichen.

Daraufhin verwahrte sich sein Sohn, Otto-Raban Heinichen, gegen den Vorwurf, sein Vater habe an der Abschiebung zweier Juden aus Oldau nach Buchenwald mitgewirkt. Da Heinichen in dem ihn diskreditierenden Dokument nicht von Buchenwald, sondern von "Buchwalde" gesprochen habe, stelle sich die Frage, "welche örtliche Vorstellung er mit diesem Namen verbunden habe". Eine einigermaßen kuriose Verteidigung, die uns veranlasst, darauf näher einzugehen.

Wilhelm Heinichen war seit 1919 Landrat, also der höchste Verwaltungsbeamte des Landkreises Celle. Er wurde 1933 nicht von den Nazis abgelöst, sondern konnte im Amt bleiben. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei. Zur Amtsführung der Kreisverwaltung in der Zeit des Nationalsozialismus liegen aber bisher kaum Arbeiten vor. Nils Köhler hat zuletzt in einer Arbeit über den Zwangsarbeitereinsatz allerdings darauf hingewiesen, dass es Landräte wie Heinichen waren, die hierbei "gestaltend in Erscheinung traten". Heinichen habe den Zwangsarbeitereinsatz in keiner Weise kritisch hinterfragt, aber im Unterschied zu anderen Landräten habe Heinichen mit einer gewissen Distanz zur Gestapo agiert.

Ein Dokument allerdings belastet Heinichen schwer. Im Anschluss an die Pogromnacht vom 8. November 1938 verlangte die Bezirksregierung einen Bericht. In einem Schreiben vom 1. Dezember 1938 äußert sich Wilhelm Heinichen gegenüber dem Lüneburger Regierungs-Vizepräsidenten Kusserow wie folgt:

"Aus dem Landkreis Celle ist für die Zeit vom 8.-12. November keinerlei Ereignis zu melden, das sich in Verbindung mit den gegen die Juden gerichteten Massnahmen abgespielt hat. Es wohnen im hiesigen Kreise auch nur 3 Juden, nämlich der Jude Oppenheim (Sohn des gleichnamigen früheren Generaldirektors in Hannover) in Winsen (Aller), der geistig nicht ganz normal ist und bei seinem Schwiegervater, dem Bauern Lohmann in Winsen, in der Landwirtschaft arbeitet, und zwei russische Juden in Oldau, die als Kriegsgefangene hiergeblieben und staatenlos geworden sind. Diese wohnen in einer Notwohnung in der Gemeinde Oldau, verdienen etwas mit Schuhflecken und wurden im übrigen von jüdischen Wohlfahrteinrichtungen über Wasser gehalten. Ich habe bereits einmal - ohne Erfolg - versucht, sie nach Buchwalde abzuschieben, werde diese Bemühungen jedoch jetzt erneuern, da sie sonst unter den jetzigen Umständen der

Gemeinde zur Last fallen werden." (KrA Celle, N 95, Nr. 7/2, Teil II, Sonderstellung und Entrechtung der Juden im 3. Reich)

Der Sattler Jakob Gerschez (geb. 3.9.1890 in Bransk/Russland) und der Schuster David Kletschko (geb. 5.11.1889 in Wilna) wurden als staatenlose Juden am 30. März 1939 im KZ Dachau eingeliefert. Unter den Häftlingsnummern 2649 und 7139 wurden sie am 27. September 1939 aus dem KZ Dachau in das Konzentrationslager Buchenwald überführt. Gerschez wurde dort im Block 22 untergebracht; er verstarb am 3. August 1940 im Lager. David Klatschko wurde am 30. Mai 1941 an einen der Gedenkstätte Buchenwald unbekanntem Ort deportiert.

In einer im Gemeindearchiv Hambühren von Jakob Gerschez befindlichen Meldekarte ist sowohl der Abtransport nach Dachau mit Datum vom 29.3.1939 vermerkt, wie auch das Todesdatum mit "Weimar" als Ort. Am Rand der Karte ist notiert: "jede Änderung sofort der Geheimen Staatspolizei-Stabsstelle Lüneburg - in Hamburg-Harburg melden."

Am 29. Mai 1939 teilte übrigens der Bürgermeister Oldaus, Erich Diers, in einem Schreiben an das Landratsamt mit, "daß aus dem Nachlaß der Juden 45,30 M erzielt sind. Von diesem Betrage sind 6,50 M Schulden bezahlt, der Rest von 38,80 M ist für das Gebäude abgeschrieben." (KrA Celle, N 95, Nr. 7/2, Teil II, Sonderstellung und Entrechtung der Juden im 3. Reich)

Da es sich bei "Buchenwald" nicht um eine Ortsbezeichnung handelt, sondern das Konzentrationslager bei Weimar die Bezeichnung Buchenwald von Heinrich Himmler erhielt, ist es nicht sonderlich erstaunlich, dass Heinichen "Buchwalde" statt "Buchenwald" schreibt. Im Frühjahr 1938 war Buchenwald im Rahmen einer "Operation" gegen "asoziale Elemente" bekannt geworden; hierauf könnte sich Heinichen bezogen haben. Buchwalde war eine 200-Seelen-Gemeinde in Ostpommern; es gibt wirklich keinen ersichtlichen Grund, warum die Oldauer Juden hierhin hätten abgeschoben werden können.

Wilhelm Heinichen wurde 1945 von den Briten sofort seinen Posten enthoben. Doch nach 20-monatiger Internierungshaft nahm er zunächst sein kirchliches und kulturelles Engagement wieder auf und wurde schon 1952 auf Vorschlag der welfisch orientierten 'Deutschen Partei' (DP) in das hohe repräsentative Amt des Celler Oberbürgermeisters gewählt, das er bis 1964 inne hatte. Er wurde zum Ehrenbürger ernannt und nach seinem Tod wurde der Wilhelm-Heinichen-Ring nach ihm benannt.

Fürstenhof für Flüchtlinge?

"Wir können ja schlecht den Fürstenhof aufkaufen und die Asylbewerber dort unterbringen." So Celles Erster Stadtrat Gert-Wilhelm Gonell auf die Forderung nach Auflösung der Flüchtlingsunterkunft Scheuen. Besser kann man rassistische Ressentiments kaum bedienen. Er geht nicht auf die Forderung nach einer dezentralen Unterbringung ein, sondern denunziert den Wunsch der Flüchtlinge nach einer Verbesserung ihrer Situation als "Luxusbedürfnis". Gleichzeitig zeigte er eine schamlose Ignoranz gegenüber den psychischen Problemen der Flüchtlinge. Angesprochen auf den Selbstmordversuch eines afghanischen Flüchtlings angesichts einer Abschiebungsdrohung, meinte Gonell hinsichtlich dabei entstandenen Verletzungen: "Die Narben kann der sich doch sonst wo hergeholt haben." Seiner Auffassung nach werde nachträglich ein Selbstmordversuch konstruiert. Die Rechtsanwältin von Khalid R. wies die Darstellung Gonells zurück. Ihr Mandant habe sich das Leben nehmen wollen. Sowohl ein im Hannoverschen Friedrikenstift erstelltes Gutachten wie auch die Einschätzung eines Celler Neurologen bestätigten "suizidale Absichten" bei dem abschiebungsbedrohten afghanischen Flüchtling.

Spargelstechende Hooligans

Celles Polizeichef Schomburg hat sich neue Freunde gemacht. Die Absage von Großbildleinwand-Übertragungen von WM-Spielen auf dem Großen Plan scheint zum Teil auf seine Lageeinschätzung zurückzugehen. Die CZ zitierte aus einem Brief Schomburgs an den Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden: "Die Polizei empfiehlt daher zu berücksichtigen, dass es während oder im Anschluss an Public Viewing, veranstaltet in der Altstadt von Celle, zu erheblichen Ausschreitungen kommen kann." Als Gefahrenherde hatte Schomburg unter

anderem die bis zu 1000 polnischen Spargelstecher ausgegeben: "Die polnische Hooligan-Szene ist berüchtigt. ... Die Überprüfungen der Saisonarbeiter laufen an." Auch bei den aus dem Irak zurückgekehrten britischen Soldaten handele es sich um ein "erhebliches Gefahrenpotenzial". Bei der Celleschen Zeitung, die sich für Großveranstaltungen während der WM stark machte, ist man hoffentlich skeptischer geworden hinsichtlich Schomburgs Gewalt-Expertisen nach dem Motto: "Reisende kennen keine Scham." - Aber vielleicht sollte man ihm ausnahmsweise mal dankbar sein: Schwarz-rot-goldene Exzesse wären in jedem Fall zu befürchten gewesen.

Neonazis in Gedenkstätte

Ende März haben vier Neonazis aus Celle in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Spendenbox gestohlen und provokative Sprüche ins Gästebuch eingetragen. Die Polizei ermittelte die Täter zwar noch am Tag des Geschehens, dementierte aber zunächst dass diese der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen seien.

Erst nachdem man die Hakenkreuze im Gästebuch und den merkwürdigen Spruch: "Ich möchte den 2 Adolf Hitler wieder haben" den Spendenbox-Dieben zugeordnet hatte, musste die Polizei ihre Einschätzung korrigieren.

Struck will weiter kürzen

Der SPD-Fraktionschef und Celler Bundestagsabgeordnete Peter Struck will wegen der wachsenden Zahl der Empfänger des Arbeitslosengeldes II weiter kürzen. "Niemand hat die explosionsartige Vermehrung der Bedarfsgemeinschaften auf derzeit vier Millionen mit ihren finanziellen Folgen vorausgesehen", sagte Struck im Mai der Bild am Sonntag. "Wir wollen, dass nur diejenigen Hartz IV bekommen, die auch wirklich bedürftig sind." (Merkwürdig - genau das regelt eigent-

lich das Gesetz.) Struck erklärte, er wisse genau, "dass viele Taxifahrer, Wachleute und Friseurinnen weniger verdienen, als ihnen bei Hartz IV zustehen würde. Das kann nicht Sinn der Sache sein". Es müsse eindeutig geregelt werden, dass jemand, der arbeitet, mehr im Portemonnaie hat als derjenige, der nicht arbeitet, erläuterte er in der "Bild am Sonntag". - Verrückterweise, will Struck deshalb bei den Leistungen der Erwerbslosen weiter kürzen. Das bringt zwar dem Taxifahrer keinen Cent mehr ins Portemonnaie, aber wahrscheinlich würde Struck auch dazu sagen: "Das kann nicht Sinn der Sache sein."

WASG mit Landratskandidat

Der Kreisverband der Celler WASG schickt Andreas Hauptmeyer ins Rennen um die Wahl des Landrats im September. Der 44-jährige erwerbslose Industriekaufmann sieht seine Kandidatur als Signal gegen den Sozialabbau, der insbesondere Landzeiterwerbslose ins Visier nehme.

Hartz IV schafft Arbeitsplätze

Am Landessozialgericht Celle wird wegen der Prozessflut im Zusammenhang mit der Hartz IV-Gesetzgebung ein neuer Senat mit drei Richtern und drei Mitarbeiterstellen eingerichtet. Endlich sechs neue Jobs - Hartz IV wirkt.

Gedenktafel in Synagoge

Am 8. April, dem Jahrestag der so genannten "Hasenjagd" auf flüchtende KZ-Häftlinge, wurde durch die Stadt Celle in der Synagoge eine Gedenktafel für jene 62 jüdischen Bürger, die in der Zeit des Nationalsozialismus in Celle gelebt hatten, bevor sie deportiert und in den Konzentrationslagern ermordet wurden, aufgehängt.

Kein Raum für Kurden?

In der Konkurrenz kurdischer Organisationen hat das Ezidische Kulturzentrum (EKZ) einen Vorteil gegenüber der Plattform Ezidischer Kurden (PEC) - nämlich eigene Räumlichkeiten für Trauer- und Hochzeitsfeiern der community. Seit einiger Zeit bemüht sich auch die PEC um ein eigenes Zentrum. In Wathlingen änderte der Rat den Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet, um die Nutzung einer Halle durch Eziden zu verhindern. Für die Stadt Bergen erteilte Bürgermeister Prokop (CDU) eine klare öffentliche Absage. Einen Neubau im Wietzenbrucher Gewerbegebiet hat die Stadt Celle jetzt abgeblockt, da dort nur gewerbliche Nutzungen vorgesehen seien. Der Vorsitzende der PEC, Halil Savucu, versuchte in diesem Zusammenhang erneut, sein berechtigtes Interesse mit einer untergründigen Kritik am EKZ zu begründen.

Zwangsumzüge stehen an

Lange hat der Landkreis Celle zurückgewiesen, dass durch seine Hartz IV-Politik massenhaft Zwangsumzüge anstünden. Schon in der letzten revista hatten wir Zahlen vom November 2005 veröffentlicht, wonach in 692 Fällen in Stadt und Landkreis Celle die Miete bei Empfängern von Arbeitslosengeld II nicht mehr in voller Höhe übernommen wird. Die Zahlen haben sich noch einmal erhöht. Im Februar wurden bei 739 von insgesamt 4400 Bedarfsgemeinschaften die Miete nicht in voller Höhe übernommen. Das sind 17 Prozent. Nach wie vor ist es so, dass nicht die Betroffenen in zu teuren Wohnungen leben, sondern dass der Landkreis gegen eine durchgängige Rechtsprechung die Angemessenheitsobergrenze zu niedrig ansetzt. Besonders deutlich wird dies in einem in der CZ vom 05.04.2006 zitierten Beispiel. Da behauptet der Leiter des Sozialamtes, Viktor Perisic, für eine fünfköpfige Familie seien 95 Quadratmeter die Obergrenze der "Angemessenheit". Das ist falsch. Die

durchgängige Rechtsprechung sieht für fünf Personen 105 Quadratmeter vor. Letztlich ist die Quadratmeterzahl aber sogar zweitrangig. Hier interessiert sowohl das Sozialgericht Lüneburg wie das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in Celle nur die Miete und nicht die Quadratmeter. Sie verweisen bei der "Angemessenheit" immer auf die rechten Spalte der Wohngeldtabelle und die wiest für das Stadtgebiet und einen Fünf-Personenhaushalt 625 Euro für Miete und Nebenkosten aus. Dazu kommen die Heizkosten, die abhängig sind vom baulichen Zustand. Bei einer einigermaßen isolierten Wohnung ist ein Euro pro qm nicht unangemessen. Es kämen gut 100 Euro hinzu. D.h.: Nicht 610 Euro - wie Perisic im CZ-Artikel meint -, sondern mindestens 730 Euro sind für einen Fünf-Personen-Haushalt angemessen. Wenn die Familie aktuell 750 Euro zahlt, ist überhaupt nicht einzusehen, dass der Landkreis diese Kosten nicht übernimmt.

Der Landkreis aber setzt die Betroffenen mit seiner Praxis enorm unter Druck, indem er fordert: Umziehen oder selbst Geld drauflegen! In den meisten der Fälle allerdings würde der Landkreis vor Gericht unterliegen und müsste die vollen Kosten übernehmen. Man scheint einfach darauf zu setzen, dass die Betroffenen sich nicht wehren (können). Die Wohnungen sind nicht zu groß und zu teuer, sondern die Bereitschaft des Leistungsträgers, seine Kriterien endlich der Rechtsprechung anzupassen, ist nicht vorhanden.

Hochwasserschutz - schlechtes Gedächtnis?

Fast 20 Jahre nach einem Grundsatzbeschluss des Stadtrates für einen ökologischen Hochwasserschutz, haben Stadt Celle und das Land Niedersachsen endlich ein Hochwasserschutzprogramm zwischen Fuhsemündung und Boye in Angriff genommen. Oberbürgermeister Biermann nutzte den ersten Spatenstich im April zu einer Attacke gegen "Umweltschützer". Sie hätten in den

1980er Jahren gegen den Hochwasserschutz mobil gemacht. Das ist richtig und falsch. Kritisiert wurden technokratische Hochwasserschutzplanungen von Stadt und Land, die das Problem nur flussabwärts verlagert hätten. Was die Umweltschützer seinerzeit wollten, nämlich die Anlage von so genannten Retentionsräumen, also Rückhalteräumen, wird jetzt umgesetzt.

Ziel-1-Projekte in Celle

Die Residenzstadt macht ihrem Namen in gewisser Weise alle Ehre. Bei der Suche nach Projekten, für die Fördermittel der EU (Ziel-1) beantragt werden könnten, kehrt man vor allem Luxus-Bedürfnisse heraus: Der Innenhof des Schlosses soll überdacht, die klimatischen Verhältnisse in der Schlosskapelle sollen verbessert, der Hafen unter touristischen Gesichtspunkten "entwickelt", die Innenstadt durch "Lichtkonzepte" und "Passagen" gestärkt werden. Mit keinem einzigen dieser Projekte gibt man eine Antwort auf tatsächliche Zukunftsprobleme im ökologischen oder sozialen Bereich. Celle als Feinkostladen für die Reichen: "Darf's ein bisschen mehr sein?"

"Unsere Demokratie schützen... Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus"

Die vom Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz erarbeitete Wanderausstellung "Unsere Demokratie schützen... Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus" war vom 7. bis zum 15. Juni in der Celler CD-Kaserne zu sehen. Sie will einen Überblick über die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus geben. Ein kurzer Film soll in das Thema der Ausstellung einführen und vermittelt einen Eindruck

von den jüngeren Entwicklungen der rechtsextremistischen Szene geben. Zwei "Musikboxen" demonstrieren eine Auswahl von jeweils 12 rechtsextremistischen Musikstücken unterschiedlicher Stilrichtungen. Neben Liedtexten und CD-Illustration werden auf den Bildschirmen Kurzprofile der Bands sowie Angaben über Indizierung und strafrechtliche Relevanz der Musik dargeboten. In einer weiteren Media-Box erhalten die Ausstellungsbesucher einen Einblick in die Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten. Anhand der Themenfelder Vertriebe, Kameradschaften, Internetforen, Musikgruppen und Revisionismus werden Internetaktivitäten von Rechtsextremisten veranschaulicht.

Von Friedensmissionen und Ordensschwestern

Deutschland ist ja bekanntlich die größte Friedensmacht und die Bevölkerung und ihre Repräsentanten einhellig gegen den Krieg. Besonders deutlich wurde dies jüngst in Celle, als Oberbürgermeister Martin Biermann und die Ortsbürgermeisterin des Stadtteils Hehlentor, Astrid Peters, an die aus dem Irak nach Celle zurückgekehrten britischen Besatzungstruppen die Orden für diesen "Auslandseinsatz" verteilten. Von britischer Seite eine "Geste des Dankes für die Unterstützung, die die britischen Soldaten in Celle erfahren" (CZ, 12.05.06) Biermann und Peters, so war zu lesen, "fühlten sich geschmeichelt". Peters: "Die britischen Soldaten sind unsere Bürger. Es ist selbstverständlich, dass wir sie und ihre Familien unterstützen." Unter anderem hatte die Stadt den Kindern der Soldaten einen unbeschwernten Nachmittag im Celler Badeland beschert. - Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten im nahen Osten sind demgemäß zumindest nur Bürger II. Klasse, denn dass man sie und ihre Familien über das gesetzliche Maß hinaus unterstützt, ist bisher nicht an unsere Ohren gedrungen - und für die Kinder von Flüchtlingen besteht die Bescherung darin, dass sie spätestens mit 18 die ihnen eher unbekannt

Heimat zurückkehren müssen. Aber vielleicht gibt's dort ja ein "nettes Widersehen" mit britischen Soldaten.

Kirchturm-Demokraten?

Rund 250 Unterschriften sammelte die Neustadt-Heese Stadtteil AG, um die Stadt Celle aufzufordern, jede Aktivität von Rechtsextremisten aus dem Stadtteil fernzuhalten. Sie wandten sich damit dagegen, dass die Stadtverwaltung im Stadtteil eine Ausweichroute für eine im Januar geplante Neo-Nazi-Demonstration angeboten hatte. Die Neustadt-Heese sei wegen ihres hohen Ausländeranteils für derartige Versammlungen nicht geeignet.

MdL-Stammtisch Mehr Polizei gegen Kurden

Die Landtagsabgeordneten Otto Stumpf (CDU) und Jörg Bode (FDP) fordern eine Verstärkung der Celler Polizeiinspektion. Warum? Anders könne man der "kurdischen Gewalt" nicht Herr werden. Stichwortgeber war mal wieder Celler Polizeichef Schomburg. Er sieht den Anteil der an "schweren Straftaten" beteiligten Kurden bei 50 Prozent. Wie ist die Beweisführung? Schauen wir in die CZ: "Der Anteil von kurdischen Gewalttätern nimmt zu ...: Im Bereich der Raubüberfälle stieg er laut Schomburg von 13 Prozent im Jahr 2004 auf 25 Prozent im vergangenen Jahr." (CZ, 07.06.06) Eine alte Nummer aus dem November 2005, wo Schomburg so zitiert wurde: "Zum Beispiel im Bereich der Raubüberfälle ist der Anteil junger Kurden im Vergleich zum vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen: Lag er 2004 noch bei 13 Prozent, so beläuft er sich in diesem Jahr schon auf 25 Prozent. Von etwas über 100 Raubüberfällen in diesem Jahr haben wir etwa 60 Prozent geklärt und 120 Täter ermittelt - jeder vierte war kurdischer Herkunft."

Was dabei herauskommt, belegt ein Leserbrief von Axel de Vere Peratoner

vom 9.6.06 in der CZ: "Meines Erachtens wird mit den in Celle und im übrigen Deutschland lebenden Kurden viel zu human umgegangen, obwohl es in unserer Republik, unserem (Noch-)Vaterland genügend gesetzliche Vorschriften gibt, sich der kriminellen Kurden schnell zu entledigen: das geltende Ausländerrecht und das Staatsangehörigkeitsgesetz. Danach wäre es sehr schnell möglich (noch) nicht eingebürgerte Kurden aus der Bundesrepublik Deutschland auszuweisen und abzuschieben. Bereits eingebürgerte Kurden kann man die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen und ebenfalls ausweisen und abschieben. ... Solche radikalen Maßnahmen würden sich wie eine ärztliche Medizin auswirken."

Otto Stumpf hat einen besonders tolen Beleg für das Scheitern der "Integrationsbemühungen": "Nur 120 statt der erwarteten 7000 Teilnehmer kamen zum Umzug der Kulturen vor dem Celler Schloss." Wer sich integrieren will, muss schon mal das Baströckchen umlegen und brasilianisch mit dem Arsch wackeln, oder wie?

Die Europaabgeordnete Feleknas Uca kritisierte, dass diese Form der Darstellung ein ausländerfeindliches Klima fördere: "Kriminalität hat nichts mit der Nationalität zu tun, sondern viel mehr mit Alter, Geschlecht und sozialer Situation."

Return of the "Blockwart"

Auf den letzten Drücker hat sich die Stadt Celle dann doch noch bei einem Modellprojekt des Landes beworben, in dessen Rahmen Freiwillige für so genannte Bürgerstreifen ausgebildet werden sollen. Von den 54 Kommunen, die sich beworben haben, werden am Ende 10 bis 15 ausgewählt. Die Bürgerstreifen sollen "die Polizei ergänzen" (Otto Stumpf) und wie der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Christian Biallas, meint, als "ehrenamtliche Notrufsäulen" agieren. Letztlich geht's also um eine moderne Variante des

Blockwärts. Die Jusos sprachen sich in einer Pressemitteilung gegen den Modellversuch mit Bürgerstreifen aus.

Vom Franzmann lernen, heißt siegen lernen?

"Nun haben die Krawallmacher doch noch ihr Ziel erreicht: Die französische Regierung ist unter dem öffentlichen Druck eingeknickt ... Das Signal aus Paris ist kein gutes. Es zeigt, dass mit Gewalt notwendige Reformen gekippt werden können." (Oliver Getz, Redakteur Politik bei der CZ, 08.04.2006"

Privatisierung gegen Gewerkschaftsforderung

Während einer Finanzausschusssitzung des Kreistags drohte Landrat Wiswe an, das Kreisaltenpflegeheim in Winsen zu privatisieren. Es handelt sich schlicht um eine Drohung gegen die Gewerkschaft ver.di, die nach Auffassung der Verwaltungsspitze des Landkreises zu wenig Zugeständnisse macht. Mindestens auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sollen die Beschäftigten offenbar verzichten - dies übrigens, obwohl das Heim in der Jahresbilanz 2006 mit einem Überschuss abschloss.

Nazis plakatieren zur WM

Rechtzeitig zum Beginn der Fussball WM klebten Nazis in Celle ein rassistisches Plakat des "Schutzbundes Deutschland", auf dem es mit einem im "Stürmer"-Stil gehaltenen Portrait von Gerald Asamoah heißt: "Nein, Gerald. Du bist nicht Deutschland. Du bist BRD." Die Plakate waren u.a. in der Arndt-, der Itag- und der Mummenhofstraße verklebt worden. Nach der Androhung juristischer Schritte hatte der sogenannte Schutzbund Deutschland aus Pritzwalk zunächst ein Foto gegen eine Zeichnung

des Spielers ausgetauscht. Dann hatte das Landgericht Berlin entschieden, dass diese Plakate nicht mehr verbreitet werden dürften.

Sozialleistungsbetrug - aber wer betrügt eigentlich mehr?

130000 Euro an Sozialhilfe soll sich eine Familie aus Celle und Nienhagen erschlichen haben; die Landkreis-Verwaltung instrumentalisierte dieses um "Sozialleistungsbetrug" anzuprangern; man wollte auch nicht darauf verzichten, die Beschuldigten als "Sinti" zu stigmatisieren. Für das Jahr 2003 wies der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes bei stichprobenartigen Überprüfungen 30 Beanstandungen bei der Zahlung von Sozialhilfeleistungen aus; es sei ein Einnahmeausfall von rund 53000 Euro entstanden. Die SPD-Kreistagsfraktion kritisierte den Landrat und forderte mehr Personal für Überprüfungen. Interessant wäre mal eine Überprüfung der Fälle, in denen Sozialhilfeempfängern bzw. heute Arbeitslosengeld II-Empfängern vom Landkreis Leistungen vorenthalten werden. Diese Fälle dürften seit der Einführung des SGB II in die Hunderte gehen. Für die Kommunalpolitiker des Kreistags ist dieser "Betrug" an Leistungsempfängern scheinbar kein Thema.

Evangelische Schule in Celle?

Neidisch blickt man in Teilen der "besseren Gesellschaft" unserer Stadt seit Jahren auf die katholische Schule: keine Ausländerkinder oder Kinder mit Migrationshintergrund, kaum Kids aus den so genannten "bildungsfernen Schichten". Nur ist die Mehrheit in Celle nun mal protestantisch. Anlässlich einer Informationsveranstaltung im Juni unter dem Titel "Evangelische Schule für Celle" teilte Superintendent Sundermann gegenüber der CZ mir: "Es wird bei uns durchaus deutlich darüber

nachgedacht, eine evangelische Schule in Celle einzurichten." Wenn sich eine ernsthafte Gründungsinitiative bilden würden, wäre die Kirche bereit solch ein Projekt zu bezuschussen.

OHE wird privatisiert Bündnisgrüne "sturmfest" dagegen

Bund, Land und DB Regio wollen ihr 82,9 % umfassendes Aktienpaket an der Osthannoverschen Eisenbahn (OHE) verkaufen. Im Amtsblatt der EU, in dem die Privatisierungsabsicht bekannt gemacht wurde, wird unter den Zuschlagkriterien zwar auch Bestandsgarantien für Arbeitsverhältnisse und Standorte verlangt. Der Landkreis, der den Rest der Aktien hält, und die Stadt scheinen den Verkäufern hier nicht über den Weg zu trauen. In Kreistag und Stadtrat wurde eine Resolution beschlossen, mit der der Erhalt der 250 OHE-Arbeitsplätze für 15 Jahre sowie ein Verbleib der Konzernzentrale in Celle verlangt wird.

Während die Bündnisgrüne Fraktion im Kreistag zustimmte, nachdem ihre Forderung nach Bildung einer effizienten Holding ins Protokoll aufgenommen wurde, stimmte die Ratsfraktion gegen die Resolution, weil sie den Verkauf an sich ablehnte. Für die Kreistagsfraktion begründete der Kreistagsabgeordnete Gerald Sommer, die letzte Zustimmung seiner Fraktion u.a. mit den Worten: "Wir wollen keine bockbeinigen Kinder sein." Auch im Stadtrat wählte man sich im Kindergarten. Auf den Appell aus der WG-Fraktion an die Bündnisgrünen, doch "brav" zu sein und der Resolution zuzustimmen, antwortete Georgia Langhans: "Wir sind keine artigen Kinder." Sicherlich gibt es gute Gründe, grundsätzlich gegen diese Privatisierung zu sein. Dass Bernd Zobel dies allerdings mit dem Satz: "Wir aber sind sturmfest und erdverwachsen, und deshalb stimmen wir nicht zu." bekräftigen musste, ist einigermassen skurril. Oder haben die Bündnisgrünen tatsächlich Angst, dass sich "die welsche Brut" der OHE bemächtigt?

Mehr Kontrolle, mehr Sanktionen

Zunächst hieß es "Optimierungsgesetz", jetzt geht es als "Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende" durch die parlamentarischen Gremien. Aber schon am 1. August 2006 soll die Änderungen zum "Sozialgesetzbuch II" in Kraft treten. Was die rot-schwarze Regierung da als "Fortentwicklung" ausgibt, ist eine gravierende Verschärfung der Gesetzgebung gegen Erwerbslose. Die Celler Erwerbsloseninitiative kritisiert das Gesetz als "neuen Höhepunkt des Schnüffelstaats" und "Repressionsregime gegen Erwerbslose". Wir haben bei einem Vertreter der Erwerbsloseninitiative nachgefragt.

Die Bundesregierung will scheinbar mehr Erwerbslose in "eheähnliche Gemeinschaften" zwingen. Wie soll das gelingen?

Die Sozialgerichte hatten zuletzt ziemlich klare Kriterien dafür formuliert, was eine "eheähnliche Gemeinschaft" ist und was nicht. Für die Betroffenen ist es in finanzieller Hinsicht von erheblicher Bedeutung, ob eine Beziehung, die man in einer gemeinsamen Wohnung lebt, so eingestuft wird oder nicht. Denn bei einer eheähnlichen Gemeinschaft wird z.B. das Einkommen und Vermögen voll berücksichtigt - und das, ohne dass die Betroffenen auf der anderen Seite die Vorteile einer Ehe hätten, was z.B. die Steuerklasse oder den Krankenversicherungsschutz betrifft. Der Gesetzentwurf will jetzt eine erhebliche Verschärfung. Berücksichtigt werden nicht die in ihrer Verbindlichkeit sehr unterschiedlichen Lebensentwürfe von Menschen, sondern: Es soll an dieser Stelle Geld gespart werden. Künftig sollen zu einer Bedarfsgemeinschaft auch jene Person gehören, "die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen". Dieser wechselseitige Wille wird vermutet, wenn Partner länger als ein Jahr zusammenleben, mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben, Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen. Das Ganze soll auch für gleichgeschlechtliche Beziehungen gelten. Es ist künftig also völlig egal, mit wem Erwerbslose in einer Wohngemeinschaft leben. Egal ob Frau und Mann, Mann und Mann oder Frau und Frau. In jedem Fall wird eine eheähnliche Gemeinschaft vermutet. Zusätzlich will die Regierung eine "Beweislastumkehr" einführen. Bisher musste ja der Leistungsträger beweisen, dass eine "eheähnliche Gemeinschaft" besteht, wenn die Betroffenen dies leugneten. Künftig dürfte es so aussehen, dass im Prinzip überall dort, wo zwei erwachsene Menschen, die nicht verwandt sind und länger als ein Jahr in einer gemeinsamen Wohnung leben, vermutet wird, dass sie eine "eheähnliche Gemeinschaft" sind. Und das soll dann nicht mehr das Amt beweisen müssen, sondern es soll die Aufgabe der Betroffenen werden, dies zu widerlegen. Und im Gesetzentwurf heißt es hierzu, dass es nicht ausreichen würden, wenn die Betroffenen nur behaupten, dass sie nicht füreinander eintreten wollen. Man soll es

nachweisen. Für die Betroffenen dürfte das teilweise erhebliche Probleme aufwerfen. Und wie die Sozialgerichte damit umgehen, ist schwer vorherzusagen. Festzuhalten bleibt: Ein "wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen" kann sich nicht daraus ableiten, dass man zusammen in einer Wohnung lebt oder eine sexuelle Beziehung hat.

Neu ist auch, dass Stiefväter künftig für nicht leibliche Kinder eintreten sollen, mit denen sie zusammenleben. Wie ist diese Änderung zu bewerten?

Bisher gilt, dass das Einkommen und Vermögen der Eltern oder des Elternteils für den Bedarf minderjähriger Kinder zu berücksichtigen ist. Dies wird ausgedehnt auf den mit einem Elternteil "in Bedarfsgemeinschaft lebenden Partner". Und das ist eben künftig auch der Stiefelternteil, dessen Einkommen und Vermögen bisher nicht für die Kinder herangezogen wurde, die nicht von ihm oder ihr gezeugt waren. Man muss sich das für den Alltag klarmachen: Das ist ein richtiger Angriff auf die so genannten Patchwork-Familien.

Was müssen Erwerbslose hinsichtlich der Änderungen beim Schonvermögen beachten?

Beim so genannten Schonvermögen sollen sich ja die Freibeträge ändern. Der Grundfreibetrag von 200 Euro je vollendetem Lebensjahr wird auf 150 Euro abgesenkt. Mindestens "geschont" werden sollen künftig 3100 Euro statt bisher 4100 Euro pro Person und höchstens 9750 statt 13000 Euro. Auch der Grundfreibetrag für jedes minderjährige Kind soll von 4100 auf 3100 Euro gesenkt werden. Erwerbslose, die im Vertrauen auf die bisher geltenden Freibeträge über 150 Euro pro Lebensjahr angelegt haben, sollten ihre Sparbeträge also schnellsten der wahrscheinlich schon ab dem 1. August geltenden Neufestsetzung anpassen. Ansonsten droht eine befristete Aussetzung der Leistungen, was z.B. auch den Krankenversicherungsschutz betreffen kann. Die Regierung verkauft diese Nummer als "soziale Tat", weil auf der anderen Seite der Freibetrag für die Altersvorsorge von bisher 200 Euro auf künftig 250 Euro pro Lebensjahr erhöht werden soll. Dabei aber muss ein Verwertungsausschluss bis zum Rentenalter vertraglich vereinbart sein.

In der Presse war ja vor allem das so genannte

Sofortangebot für neue Antragsteller ein Thema. Was hat man sich darunter vorzustellen?

Um den Druck auf neue Antragsteller zu erhöhen, die in den letzten zwei Jahren weder Arbeitslosengeld I noch Arbeitslosengeld II erhalten haben, hat man sich folgendes ausgedacht: Ihnen soll schon bei Antragstellung ein so genanntes Sofortangebot gemacht werden. Dabei geht es selbstverständlich nicht um sozialversicherungspflichtige Jobs, sondern um Trainingsmaßnahmen und die so genannten Arbeitsgelegenheiten, also die Ein-Euro-Jobs. Wer dieses tolle "Sofortangebot" ablehnt, erhält eine Kürzung der Regelleistung um 30 % für drei Monate. Man will damit schlicht und einfach eine Hürde errichten für Betroffene, die z.B. nach fertigem Studium oder gescheiterter Selbständigkeit einen Antrag auf ALG II stellen wollen.

Die Ausweitung der Kontrolle ist angestrebt. Wie soll das funktionieren?

Das ist zunächst der so genannte Außendienst. Obwohl es äußerst strittig ist, ob und in welchem Umfang so genannte Hausbesuche überhaupt erlaubt sind, sollen die Leistungsträger, also in Celle Arbeitsamt bzw. Landkreis einen Außendienst - wie es heißt - "zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauchs" einrichten. Wir erleben es immer wieder, wie mit diesen Hausbesuchen Leute unter Druck gesetzt werden, obwohl sie eigentlich nichts zu verbergen haben. Aber wer weiß schon, dass es völlig egal ist, wie viele Zahnbürsten die Schnüffler im Badezimmer finden und ob man ein Doppelbett hat oder nicht. Ich habe in der Beratung Leute erlebt, die richtiggehend Paranoia schieben. Und das sind dann die, die sich über kurz oder lang anders durchschlagen, als ihnen zustehende Leistungen zu beantragen.

Dazu kommt die erhebliche Ausweitung des Datenabgleichs. Künftig wird ermittelt werden, welches Fahrzeug man besitzt und welche Konten man hat. Das ist zwar auch nichts, wovor die meisten Erwerbslosen Angst haben müssten. Aber wenn man zum Beispiel neben einem alten Gebrauchtwagen auch noch ein Motorrad angemeldet hat, kann man schon Stress bekommen.

Gibt's Aspekte in dem geplanten Gesetz, über die bisher kaum berichtet wurde?

Eine absolute Horrornummer ist bisher kaum erwähnt worden. Auch bei den Kosten der Unterkunft soll an der Sparschraube gedreht werden. Zieht ein Leistungsempfänger in eine neue, teurere Wohnung - gibt's eventuell die Mieterstattung nur in der bisherigen Höhe, wenn der Leistungsträger meint, der Umzug sei "nicht erforderlich" gewesen. Und das führt selbstverständlich zu Konflikten. Denn: Ist es erforderlich, dass ich aus einem Drecksloch ohne Sonne in eine nette Altbauwohnung mit Südfenster einziehe? Ist ein Umzug erforderlich, wenn mir der Obermieter mit seinem Techno-Gewummer auf den Senkel geht?

SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering in einer Fraktionssitzung am 09.05.2006 lt: Die zeit



Was ist das Ziel der Regierenden?

Druck, Druck, Druck. Müntefering hat im letzten Sommer als SPD-Vorsitzender noch unverblümt vertreten: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Diese faschistoide Ideologie macht er jetzt zu praktischer Politik. Aber im Kern geht's ihnen um Geld. Ziel des Gesetzes ist, bei Bund und Kommunen ab dem kommenden Jahr 1,5 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II einzusparen. Zum Vergleich: Die so genannte Reichensteuer wird nach einem Bericht des "Handelsblatts" nur rund 300 Millionen Euro im Jahr einbringen.

Welche Möglichkeiten gibt es, sich zu wehren?

Erstmal: Sich nicht einschüchtern lassen. Gegen jeden Bescheid, mit dem einem Leistungen gekürzt werden, Widerspruch einlegen. Betroffene dabei unterstützen. Selbstorganisation vorantreiben. Gegen die Hetze anreden, wenn Freunde und Bekannte darauf hereinfallen. Und darauf hoffen, dass sich irgendwann mal bewahrheitet, was Bob Marley sang: "A hungry man ist an angry man."

Anzeige:

stoppen wir den rudolf hess marsch	19.08.06 wunsiedel
	kein ort für die verdrehung der geschichte
	kein raum für die verherrlichung des nationalsozialismus
STOP FASCIST PROPAGANDA www.ns-verherrlichung-stoppen.tk	keine zeit für die nation

... neulich im Kapitalismus

Khulumani! liebe brüder & schwestern



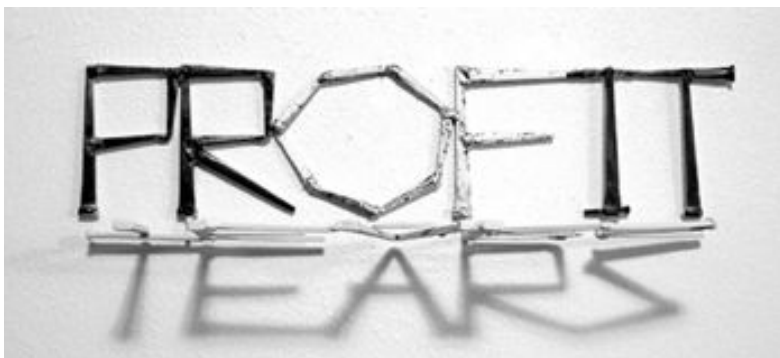
Khulumani! liebe brüder & schwestern, - es stand in den letzten Wochen Folgendes zu lesen: "Alle 15 Sekunden stirbt ein Kind wegen Wassermangels" - Solche Schlagzeilen machen deutlich, wie zentral die Wasserversorgung im Kampf gegen die weltweite Armut ist. Leider konnten sich aber die MinisterInnen am Weltwasserforum, welches vom 16. bis 22. März in Mexiko-Stadt stattfand, nicht zu einer gemeinsamen Erklärung durchringen, welche das Recht auf Wasser festgeschrieben hätte..." Aber wo verläuft die Grenze der Armut, die zwischen der ersten und der "dritten" Welt? Wasser ist doch ein Lebensmittel, so nötig wie die Luft, und für alle umsonst. - Leider nicht! Anders als die UNO sieht die WTO das Wasser als eine Handelsware an; und große Konzerne wie Suez, Vivendi und RWE sind schon groß im Geschäft. Und das nicht nur etwa in Tansania; - nein, wer heute in London im 'falschen' Stadtviertel wohnt, bekommt schon nicht mehr immer das kühle Nass aus dem Wasserhahn und manchmal auch in bedenklicher Qualität; Thames Water, eine RWE und eon-Tochter muss ja Gewinn machen und das bedeutet, an den Unterhaltungsmaßnahmen für das Leitungsnetz und am Personal zu sparen; ach ja: auch die Bundeshauptstadt hat die Versorgung mit Trinkwasser (teil-)privatisiert, und lediglich der ehemalige zukünftige Kanzler Platzeck hat in Potsdam die Notbremse gezogen.

In unserem Städtchen ist es wie immer ruhiger: Im WM-Standort Celle wird lebhaft über den Leinenzwang für portugiesische Schläfer & Spargelstecher debattiert. Andernorts ist da mehr los: wie etwa neulich in Russland (diesem "Obervolta mit Raketen"), da diskutierten im Radiosender Das Echo Moskaus ein nationalistischer Duma-Abgeordneter und zwei Polittechnologe darüber, ob Russland wieder zum Julianischen Kalender zurückkehren sollte. Diskutiert wurde die Frage des Christentums als einer staatstragenden Religion und ihre Stärkung durch Einführung jenes Kalenders, seine größere Genauigkeit gegenüber dem Gregorianischen und anderes mehr. Während der Sendung wurde auch eine

Hörerbefragung durchgeführt: 41% der Anrufer sprachen sich für eine Einführung ab 2007 aus; - Menschen, die sonst über steigende Preise stöhnen und nur mit Mühe über die Runden kommen, kam es gar nicht in den Sinn, zu fragen, warum in einem Land in dem Millionen in Armut leben, Unsummen für eine solche Umstellung ausgegeben werden sollten; - außerdem sollte die 'Vielweiberei' wieder eingeführt werden, um der sinkenden Geburtenrate entgegen zu wirken - am folgenden Tage wurde ein Problem diskutiert, das nicht weniger unter den Nägeln brennt: sollte nicht Alaska von den USA zurück gekauft werden? Viele hielten das für unabdingbar und schlugen vor, es zu einer vorrangigen nationalen Aufgabe zu machen ..

Es gibt offenbar nicht nur hierzulande die Gemeinde der hirngeschädigten Lidl & SATI & Jamba -AbonennInnen, die es z.B. einerseits mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, wenn westliche Diplomaten in Minsk aufschlagen und die Verhaftung einiger hundert Anti-Lukaschenko Demonstranten bekritteln, während einige tausend Kilometer weiter westlich zur gleichen Zeit das demokratische Chirac-Regime noch weit mehr Leute einbuchtet, Leute die gerade ein Grundrecht wahrnehmen. Ihr Grundrecht auf Demonstration gegen eine Aufweichung des Kündigungsschutzes, wohingegen in Teutschland die wackeren Bürger es erdulden wollen, dass die öffentlich Beschäftigten auf neun Tage Urlaub im Jahr verzichten sollen (die 18-Minuten Lüge könnte mensch ja mal nachrechnen).

Der gemeine deutsche Autofahrer kennt immerhin auch noch Bosch, der Welt größten Zulieferer der Automobilindustrie. Die Nummer zwei ist die Delphi Corporation. Bis 1999 zu General Motors gehörig, in den US mit 50.000, weltweit 185.000 MitarbeiterInnen. Der Deal, den die Delphi Corporation ihren gewerkschaftlich organisierten Mitarbeitern im Oktober vorigen Jahres unterbreitete, ist mehr als dreist: Um den Weg in die vom Management selbst verursachte Insolvenz zu vermeiden, schlugen eben diese selben Manager einen Plan vor, der auf ungefähr folgendes hinauslief: "Ihr gebt uns ein Drittel Eures Einkommens zurück, und dafür werden wir das unsere um ein Drittel erhöhen. Was meint Ihr dazu?"



Im Einzelnen sollten die Löhne von 24000 organisierten ArbeiterInnen um mehr als 60 % gekürzt und ihre Betriebsrenten (amerikanisch für: Altersvorsorge) radikal zusammengestrichen werden. Dagegen sollten die vier Topmanager über 50 Mio. Dollar in Form von Gehältern, Leistungszulagen und Aktienoptionen erhalten und 486 leitende Angestellte Leistungsprämien in Höhe

von 30 bis 250 % ihres Gehaltes beziehen. Für den Fall, dass diese Angestellten aus dem Unternehmen ausscheiden (was allerdings bei solchen Gratifikationen der reine Wahnsinn wäre), bot man ihnen Abfindungen in Höhe von insgesamt 145 Mio. Dollar an.

Mensch bekommt allmählich den Eindruck, dass es langsam finster um die "Alte Welt" steht. Wenn es allerdings in Afrika dunkel wird, kommt der Tod; eine kleine Fliege bringt den Tod, die Tsetsefliege. Sie überträgt das Elend der Malaria; und dagegen gibt es kein Mittel, oder?

1967 sprach Ho Chi Minh in Peking vor und bat den Vorsitzenden Mao Tse-Tung und seinen Premier Tschou En-Lai um sozialistische Bruderhilfe. In den malariaverseuchten Dschungeln Vietnams stürben mehr Guerillakämpfer auf dem Krankenbett als im Kampf gegen die US-Truppen. Benannt nach dem Datum der Gründung am 23. Mai begannen mehr als 500 Wissenschaftler unter dem Schlachtruf "Besiegt die Malaria mit dem Mao Tse Tung-Gedanken" das geheime

Projekt 532. Nach zwei Jahren pharmazeutischer Archäologie legten die Wissenschaftler eine Liste von 640 traditionellen chinesischen Rezepten vor. Noch einmal drei Jahre später filterten sie schließlich ein Heilkraut heraus: Artemisia; in klinischen Tests wurden mehr als 90% der Patienten durch Artemisinin-Präparate geheilt.

1982 stellten bei einem Treffen der WHO in Peking die Wissenschaftler ihre Ergebnisse vor; die WHO war interessiert und unternahm zwanzig Jahre lang nichts. Erst 2004 mahnte die Weltgemeinschaft die Staaten Afrikas, Artemisinin-Kombinationspräparate zu kaufen. Rund 40 Jahre gingen also vorüber, Jahre, in denen der weiße Mann die BewohnerInnen Afrikas gnadenlos dahinsiechen ließ.

Ach, Malaika (Eine im heißen Straßenasphalt von Lagos plattgefahrene Coladose hat die Gestalt des Buddha)

GEPUNKT

(Edward Said, Angelique Kidjo, Fela Anikulapo Kuti, Michail Ryklin, Rick Fantasia)

LITERATUR

Militante Geselligkeit



Mit seinem Buch "Das konservative Milieu" hat Frank Bösch im Jahr 2002 eine leider immer noch recht unbekannt Untersuchung zur Vereinskultur des 19. Jahrhunderts in Celle und Greifswald vorgelegt, die gerade aus lokalhistorischer Sicht z.B. wichtige Aufschlüsse über das Verhältnis von konservativen Eliten und Nationalsozialismus gibt.

Unter dem Titel "Militante Geselligkeit. Formierungsformen bürgerlicher Vereinswelt zwischen Revolution und Nationalsozialismus" hat jetzt der in Bochum lehrende Historiker in einem Aufsatz die Ergebnisse bezogen auf die Phase der Weimarer Republik noch einmal zusammengefasst.

Hier wird nichts Neues präsentiert, aber die Forschungsergebnisse sind in eine kompakte Aufsatzform gebracht. - Auch andere Beiträge in dem Sammelband zur "Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit" wie Frank Beckers interessanter Vergleich der Auto-Mobilität in den USA, Italien und Deutschland in den 1920er Jahren, Thomas Mergels Aufsatz zu den politischen Erwartungsstrukturen unter dem Titel "Führer, Volksgemeinschaft, Maschine" oder Wolfgang Hartwigs Überlegungen zum "Bismarck-Mythos" geben mit der kulturgeschichtlichen Perspektive tatsächlich neue Zugänge zur Aufstiegsgeschichte des Nationalsozialismus.

Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939.

Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2005. 376 Seiten. ISBN: 3525364210, 39,90 Euro.

Mit Sonnenenergie in eine andere Zukunft



Der 20. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl war für den Celler Rosa-Luxemburg-Club Anlass, Prof. Dr. Rolf Bertram aus Göttingen einzuladen. Der als Atomenergiekritiker bekannte Physiker stellte in seinem Vortrag die These auf, dass Atomenergie unumkehrbar ein Auslaufmodell sei und dass alle Kräfte darauf verwandt werden müssten, einen schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien zu gewährleisten.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl habe das enorme Risiko der Atomtechnologie vor Augen geführt. Mehrere zehntausend Tote und eine auf Jahrzehnte zerstörte Wirtschafts- und Sozialstruktur in der betroffenen Region hätten die Unverantwortlichkeit der Nutzung der Atomenergie deutlich gemacht. Doch die Politik habe nur unzureichende Konsequenzen gezogen. Bei rund 150 Atomkraftwerken in der EU läge die statistische Wahrscheinlichkeit eines Supergaus bei 16 %, was der Wahrscheinlichkeit entspricht, auf Anhieb eine Sechs zu würfeln.

Gegen das von der Atomlobby zuletzt ins Feld geführte Argument, wonach die Atomenergienutzung aus Klimaschutzerfordernissen unvermeidbar sei, wandte Bertram ein: "Um die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern durch Atomenergie zu ersetzen, müssten weltweit 10.000 neue AKW gebaut werden. Es ist unverantwortlich, den Klimakiller CO² durch den Menschenkiller Atomenergie ersetzen zu wollen."

Verleugnet würde dabei auch das Problem der Atommüllendlagerung. "Ein sicheres Endlager ist reines Wunschdenken," so Rolf Bertram, der in diesem Zusammenhang auf einen Spruch der US-amerikanischen Bundesjustiz hinwies, in dem eine Sicherheitsgarantie für eine Million Jahre verlangt würde. Wer angesichts dieser Dimension, wie etwa der ehemalige Ministerpräsident Albrecht in Bezug auf Gorleben die Sicherheit garantiere, sei entweder dumm oder kriminell.

Die Atomenergie sei in Westeuropa ein Auslaufmodell. Bei der Diskussion um ihre Renaissance gehe es den Energiekonzernen vor allem darum, für ihre längst abgeschriebenen Atomkraftwerke längere Laufzeiten zu erwirken. Denn gerade mit diesen AKWs ließen sich die besten Gewinne machen. In diesem Zusammenhang verwies der Referent drauf, dass die Anlagegewinne aus den steuerfreien Rückstellungen für die Endlagerung aktuell größer wären als jene aus dem Verkauf von Atomstrom.

Die Zukunft der Energiepolitik liegt für den Göttinger Physiker in den durch die Sonne gespeisten Energiequellen, die die Menschheit unerschöpflich mit dem 100-fachen ihres Energiebedarfs versorgen könnten: "Alle fossilen Ressourcen liefern nicht mehr Energie als die Sonne während nur eines Monats. Ein Prozent der Fläche Deutschlands mit Solarzellen bestückt würde den gesamten Strombedarf decken."

Zwei Milliarden Menschen würden noch ohne Strom leben. Auch in dieser Hinsicht sei es von enormer Bedeutung, welcher energiepolitische Weg eingeschlagen würde. Hoffnungsvoll stimmte den Referenten hier ein Beschluss der chinesischen Regierung, der vorsehe, bis 2010 22 Millionen Menschen mit Solarenergie zu versorgen. "Ein wichtiges Signal", so Rolf Bertram, "gerade auch für die Schwellenländer."

In den Industriegesellschaften sei die Energiewirtschaft schon immer eine Schlüsselindustrie gewesen. Ob Kohle oder Öl - darauf habe sich jeweils eine davon abhängige Wirtschaftsstruktur aufgebaut. Deshalb, so die These Bertrams, würde ein Umstieg auf die Solarenergie auch eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur mit sich bringen. Solarenergie sei prädestiniert für eine dezentrale Gewinnung, Produzent und Konsument könnten tendenziell identisch sein.

Weltweit würde die Begrenztheit der fossilen Energieträger schon heute zu Rohstoffkriegen führen. Dazu zählte Bertram auch die Kriege in Afghanistan und dem Irak. Ein schnellerer Umstieg auf regenerative Energien könnte vielleicht dazu beitragen, neue Kriege um Öl und Gas zu verhindern.

In der sich anschließenden Diskussion konnte Rolf Bertram einige Zweifel von Veranstaltungsbesuchern hinsichtlich der Versorgungssicherheit beim Umstieg auf solare Energien ausräumen. So sei Deutschland z.B. in der tendenziell günstigen Situation, dass die sonnenreichen Jahreszeiten nicht mit den windreichen deckungsgleich wären. Dennoch müsse der Einstieg in ein solares Zeitalter wissenschaftlich, technologisch und gesellschaftlich viel intensiver diskutiert werden. Im Zuge der Entwicklung des deutschen Atomenergieprogramms seien innerhalb von nur sechs Jahren 100 Lehrstühle an den Universitäten geschaffen worden. Vergleichbares sei leider in Bezug auf die Solarenergie nicht in Sicht. Dies müsse angesichts der anderen Interessen der Energiekonzerne und der Ignoranz der Politik vor allem von kritischen gesellschaftlichen Gruppen eingefordert werden.



Buchvorstellung "celler hefte" Nationalsozialismus im Unterricht

Zur Vorstellung der neuen "celler hefte" zum Thema "Gedächtnislücken" hatte die RWLE Möller Stiftung drei LehrerInnen gebeten, ihre Erfahrungen mit der Vermittlung lokaler NS-Geschichte im Unterricht zu schildern. Hintergrund waren Diskussionsbeiträge auf der Tagung der Stiftung im März, in denen das Fehlen der lokalen Bezüge im Geschichtsunterricht beklagt wurde. Lore Schreyer, Lehrerin für Politik, Geschichte und Erdkunde an der Grund- und Hauptschule Blumlage, Antje Labza, Referendarin im Fach Geschichte am Hölty-Gymnasium sowie Ulrich Frassl, Kunstlehrer am Hölty-Gymnasium berichteten über Erfahrungen, die sie bei der Behandlung der Pogromnacht in Celle, des Massakers am 8. April 1945 in Celle sowie in der aktuellen Diskussion um die Ernst-Meyer-Allee in der Schule gemacht haben. Lore Schreyer hatte im Rahmen eines Wettbewerbs der niedersächsischen Landesregierung ein Projekt zum 9. November 1938 durchgeführt. Sie verwies auf die besonderen Bedingungen an Hauptschulen, wo sich eine Behandlung lokalgeschichtlicher Themen eigentlich nur über die Form von Projekten in den Unterricht einbinden lassen würden.

Dann aber sei das Interesse und die Motivation der Schülerinnen und Schüler außergewöhnlich groß. Die Referendarin Antje Labza machte darauf aufmerksam, dass die Rahmenrichtlinien den regionalgeschichtlichen Bezug einforderten, im Regelfall aber die Belastung der LehrerInnen und auch die zu unterrichtende Stofffülle dies erschwere. Sie habe aber ihre Zeit und die Möglichkeiten des Referendariats genutzt, ein lokalhistorisches Projekt zum 8. April 1945 in Celle durchzuführen. Ihre SchülerInnen hätten die Unterrichtseinheit mit viel Engagement und emotionaler Beteiligung durchgeführt. Dies schrieb sie auch der Lage des Hölty-Gymnasiums zu, das räumlich gewissermaßen im Zentrum des Massakers ent-

standen sei, sowie der erinnerungspolitischen Diskussion um die Ernst-Meyer-Allee zu, was die SchülerInnen (und das Kollegium) zu einer Stellungnahme herausforderte [siehe den Artikel dazu in dieser Ausgabe]. Ulrich Frassl schließlich erläuterte einige Kunstprojekte im Schulgebäude, die sich mit Nationalsozialismus und Krieg beschäftigten - und es wurde bei einer neuen Projektbeschreibung auch deutlich, in welcher Form hierbei auch das Massaker vom 8. April 1945 thematisiert wird.

Übereinstimmend waren die Pädagogen der Auffassung, dass lokalgeschichtliche Bezüge in der Behandlung des Nationalsozialismus bei den SchülerInnen ein besonderes Interesse finden würde. Lore Schreyer machte allerdings darauf aufmerksam, dass sich bei Eltern verstärkt eine Schlussstrich-Mentalität bemerkbar mache. Man wolle die Kinder nicht mit der Schulfrage belastet sehen, worum es im Unterricht aber gar nicht gehe.

Gern hätte man noch die Meinungen von SchülerInnen gehört, aber die waren leider nicht anwesend. Auf die neue Ausgabe der "celler hefte" wird an anderer Stelle in dieser Ausgabe ausführlicher eingegangen.

Anzeige:

Das zweite Heft ist da!

celler hefte

AUS DEM INHALT: *Peter Reichel* **Deutschland nach dem Judenmord | Diskussion | Klaus Neumann** **Hochburg der Ewiggestrigen oder eine Stadt unter vielen | Diskussion | Reinhard Rohde** **Verdrängen - vergessen - vergegenwärtigen | Diskussion | Hans-Dieter Hegers/Helmut Geiger** **Gespräch | Oskar Ansell** **Umzugsmeldung | Helmut Geiger** **Die Ansprache am Volkstrauertag | Leserbrief | Klaus Neumann** **Täter, Opfer, Mittläufer: Überlegungen zur Erinnerungskultur in Deutschland | Diskussion | Heinrich Lessing/Klaus Neumann** **Ausstellungscontainer | Ralf Busch** **Welche Lücken bei der Schreibung der Stadtgeschichte Celles zwischen 1933 und 1945 konnten in den letzten Jahren geschlossen werden, welche gibt es noch? | Podiumsdiskussion | Joachim Göres** **Nachwort | Anhang | Gertrud Illegmann** **Protokollierter Bericht | Bürger helfen ausgehungerten KZ-Häftlingen | Achtet auf entwichene KZ-Häftlinge | Mijndert Bertram** **Die Erinnerung an das Massaker vom April 194 | Gudrun Ehrhardt** **Spurensucher | Reinhard Rohde** **Lokale Geschichtspolitik im Gedenkjahr 2005**

www.celle-im-nationalsozialismus.de

Erhältlich in allen
Celler Buchhandlungen
120 Seiten für
5,00 € oder direkt
anfragen bei:
celler-hefte@gmx.de oder
moeller-stiftung@gmx.de

RWLE
MÖLLER
Stiftung

Gedächtnislücken?

Nach dem Anfang des Jahres erschienenen ersten Doppelband liegt nun eine weitere Ausgabe der von der RWLE Möller Stiftung herausgegebenen Schriftenreihe Celler Hefte vor. Die Broschüre dokumentiert und illustriert die Vorträge, Diskussionen und Kontroversen der im März in Celle stattgefundenen öffentlichen Tagung mit dem gleichnamigen Titel: Gedächtnislücken (?).

Kernstück des Heftes ist die Frage nach Sinn und Unsinn, Form, Richtung und Ausmaß des "Erinnerns an Verbrechen während der Nazizeit in Celle". Bereits diese, durch Anführungszeichen hervorgehobene, Formulierung zeigt, dass die präzise Umschreibung dessen, was in den neuen Celler Heften dokumentiert wird nicht ganz einfach zu bewältigen ist. Denn gerade die Frage, von wem an was erinnert werden soll, welche Formen diese "Erinnerung" haben könnte und, welche Ziele verfolgt werden sollen, stand im Zentrum der Debatte. Fanden sich in den ersten Celler Heften vor allem sachlich fundierte Artikel zu den Geschehnissen rund um den 8. April 1945, dokumentiert dieser Band nun den erinnerungspolitischen Umgang mit dem Ereignis und seinen Folgen.

Der Historiker Peter Reichel fragt in seinem Artikel "Deutschland nach dem Judenmord" vor allem nach den historischen und politischen Auseinandersetzungen mit der NS-Diktatur nach 1945 in Deutschland. Er beleuchtet die Umstände - speziell die Einbettung Nachkriegsdeutschlands in das internationale Machtgefüge -, die eine Aufarbeitung der deutschen Verbrechen in ganz spezifischer Form prägen.

Die Rede des Historikers Klaus Neumann dokumentiert Gedanken zum Stand der Dinge in Bezug auf die städtische Aufarbeitung der ganz "eigenen" Nazivergangenheit Celles. Neumann hinterfragt das Bedürfnis, Celle als besonders rückständige Hochburg Ewiggestriger zu bezeichnen und zeigt auf, dass jeweils die konkreten Ereignisse und der jeweilige Umgang damit betrachtet werden müssen, um Versäumnisse in der Aufarbeitung von NS-Verbrechen offen zu legen. Diese These verfolgt er auch in seinem zweiten Vortrag. Neumann will die Debatte um die Erinnerung an die NS- "Täter" und "Opfer" auch in Celle konkretisieren. Dabei warnt er vor einer allzu bipolaren Trennung zwischen Opfern und Tätern, und schlägt einen Zugang vor, der ein emphatisches Erinnern (gerade auch an die ganz konkret in die Morde verstrickten Celler Bürger) ermöglicht. Die Diskussionen dieser durchaus kontroversen These sind ebenfalls in den Heften dokumentiert. Ebenso ein Vorschlag Neumanns zur museumspädagogischen Gestaltung von "Gedächtnisorten".

Auch der höchst lesenswerte Vortrag des Celler Historikers Reinhard Rohde ist dokumentiert. Sehr quellennah und hervorragend recherchiert zeigt Rohde den Umgang und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte durch städtische Stellen, Medien aber auch private Initiativen in

Celle auf.

Einen Gang durch die Forschungsliteratur zum Thema "Celle und NS-Vergangenheit" bietet der Text von Ralf Busch. Umfassend informiert er über Stand und Perspektiven der Forschung, zeigt jedoch auch Desiderate, d.h. Leerstellen auf, die in den nächsten Jahren zu füllen sein werden.

Recht informativ und lesenswert sind auch die Dokumentationen der Diskussionen und Podiumsgespräche der Tagung. Besonders die Diskussion zwischen Pastor Geiger, der vor Jahren mit einer engagierten Predigt am Volkstrauertag bei vielen Weltkriegsveteranen für Empörung sorgte, und Hans Dieter Heegers, führt über den konkreten Streitpunkt der Predigt hinaus und thematisiert beispielsweise die Ausstellung und das überdenkenswerte gedächtnispolitische Konzept im Celler Garnison-Museum.



Eingerahmt werden die Celler Hefte von einer Einleitung Oskar Ansull's und einem Nachwort von Joachim Göres. Beide thematisieren die Wichtigkeit einer kontinuierlichen Beschäftigung mit lokaler NS-Geschichte in Celle und begreifen ganz zu recht die Konferenz Gedächtnislücken (?) als einen angemessenen Weg die einzelnen guten Initiativen der letzten Jahre weiterzuführen. Was sich jedoch in der Folge entwickelt, hängt, wie auch Reinhard Rohde zuvor in seinem Text betont, weniger allein von städtischen Initiativen als vielmehr von all jenen Privatpersonen und erinnerungspolitischen Initiativen ab, denen die Aufarbeitung der lokalen Geschichte ein dauerhaftes Anliegen ist.

Derart lässt sich auch ein Fazit zum zweiten Doppelband der Celler Hefte ziehen: Neben sicherlich in der Mehrzahl sehr lesenswerten Einzelartikeln, ist es vor allem die Aktualität des Themas und die ambitionierte Herangehensweise an lokale Gedächtniskultur, die diese Ausgabe zu einer sehr erfreulichen Neuerscheinung macht.

hw

Celler Hefte 3-4

Gedächtnislücken? Erinnerungs- und Gedächtniskultur nach 1945 in Celle

Texte und Protokolle der öffentlichen Tagung am 24./25. März 2006

Schriftenreihe der RWLE Möller Stiftung, Verkaufspreis 5,- Euro

Rechter Black-Metal auch in Celle

Jugendlich, männlich, Springerstiefel und Glatze so sieht ein Neonazi aus. Das ist zumindest das immer wieder in den Medien vermittelte Klischee. Dass dem nicht so ist, kann man jetzt auch wieder in Celle beobachten. Hier hat sich eine kleine Gruppe von Leuten zusammengefunden, denen man auf den ersten oder zweiten Blick ihre rechte Gesinnung nicht ansieht. Lange Haare und Lederklamotten entsprechen eben nicht dem gängigen Klischee. Doch leider findet rechtes Gedankengut immer wieder neue Einfallstore in gesellschaftliche Bereiche und Subkulturen. So ist auch ein kleiner Teil der Szene um die Musikrichtung "Black Metal" für faschistische Ideologien empfänglich geworden und nennt sich selbst auch NS-Black-Metal (NSBM). Diese Black-Metal-Bands verwenden nazistische Symbole, betreiben in ihren Liedtexten rassistische Propaganda oder verherrlichen den Nationalsozialismus. Sie sind antichristlich sowie neuheidnisch ausgerichtet und glorifizieren Gewalt, Krieg und Tod. Häufig treten NSBM-Bands auf rechtsextremistischen Skinheadkonzerten auf. Zu diesen Kreis zählt auch eine kleine Gruppe in Celle.



Charmain Litke, Foto auf ihrer Blog-Seite <http://spaces.msn.com/1488germania> (26.03.2006)

Als im ersten Quartal durch einen Computerhack die Kundendatei des rechtsextremistischen Wikinger-Versandes offengelegt wurde, fanden sich dort auch die Bestelldaten von Charmain Litke aus Westercelle. Litke gehört zu dem kleinen NSBM-Kreis in Celle und ist im Internet sehr aktiv. Derzeit betreibt sie zeitgleich mindestens drei "Blog"-Seiten, die sie mehr oder weniger aktuell hält und dort auch einiges aus ihrem Privatleben preis gibt. Auch hat sie scheinbar keine Hemmungen, etliche Privatfotos zu veröffentlichen. Dort zeigt sie sich als "Grufti-Frau" im schwarzen Gewand, in Black-Metal-Manier mit schwarz-weiß bemalten Gesicht, als Reneegirl, in Tarnklamotten, in Lederjacke oder auch stilistisch gemischt. Nach eigenen Angaben wird sie im August 2006 zweiundzwanzig Jahre alt und arbeitet derzeit als Verkäuferin. Als ihre Interessen gibt sie eine skurile Mischung an: Black Metal, 2. Weltkrieg, Familie, Runen und Kräuter. Ihre Emailadresse lautet Germania1488@web.de wobei die szenetypischen Zahlenkürzel 14 für Rassereinheit steht und 88 Heil Hitler bedeutet.

Stützpunkt Celle die Hauseingangstür mit Propaganda-Aufkleber" beklebt hat. Gemeint ist hier natürlich das Bunte Haus. Knapp zwei Monate später offenbart sie in einem erneuten Posting ihren gescheiterten Versuch bei Antifaschisten Fensterscheiben einzuwerfen: *"allein als weib losziehen mit teli bewaffnet um die scheibe einer gewissen tür zu demolieren, dann merken das es sicherheitsglas is, sich dannzurückziehen wollen aber beim rückweg von seinen leuten auf dem weg empfangen zu werden dann nochmals dort hinzugehen den versuche, eines kameraden , betrachten wie er eine flasche in den 2.stock in eine scheibe zuschmeissen probiert er aber nur die hauswand trifft ist kein bläck metal... dann frustriert zurückziehen sich selbst eine neue flasche holen um selbst nochmals zu werfen dann auch treffen aber nichts dabei zu zerstören ist niemals bläck metal"*.

Neben ihren "Blog"-Seiten ist Litke auch in diversen einschlägigen Foren sehr aktiv und postet eine Unzahl von Beiträgen, z.B. im Forum pestilence oder christhunt ("Christenjagd"). Letzteres ist für einschlägige Beiträge bereits bekannt und auch die Verlautbarungen von Litke fügen sich nahtlos ein. So empfiehlt sie dort Adolf Hitlers Buch *"Mein Kampf sollte wirklich jeder lesen !!!"* und offenbart auch ihren Hang zur Gewalt. So schreibt sie in Bezug auf Antifaschisten am 08.09.2004: *"Das mit dem Heroin is ne gute Idee wenn diese menschen zu schwach sind sich selbst am leben zu halten lasst sie doch verrecke ! Dann haben wir ein problem weniger !!!!"*. Doch scheinbar bleibt es bei Litke nicht bei verbalen Äußerungen, so geht aus ihrem Posting vom 24. Februar 2005 hervor, dass sie mit anderen bei dem "Antifa-



Charmain Litke (links) zusammen mit dem Celler Rechtsextremist Andre Zwarg auf der Nazidemo in Lüneburg am 28.01.2006

Insgesamt scheint für sie von Gewalt an sich eine bestimmte Faszination auszugehen, was auch in gewissem Maße szenetypisch ist. So wird auch im genüsslichen Ton über Verletzungen berichtet, die man sich mit "Dornenkeulen" und "Schwert" auf einer Party gegenseitig zugefügt hat. Musikstücke kommentiert sie mit den Worten "Der pure Hass, ist doch einfach geil !!!", Daneben stellt Sie fest "Black Metal ist Krieg" und verkündet als ihre Hobbys: "Hass und Zerstörung" oder sie schwärmt über einen Besuch des Panzermuseums in Munster "Panzer sind geil ... waffen im allgemeinen". Dazu passt es, dass sie im Internet ein Foto von sich veröffentlicht, welches sie im Wald mit einer automatischen Waffe zeigt; hoffentlich nur eine Nachbildung.

Als ob das nicht genug wäre, hat sie sich für einen kurzen Zeitraum als "Moderatorin" im "Blutzschutz"-Forum aktiv beteiligt. Das Banner des Forums zeigt das Tor von dem Vernichtungslager Auschwitz und im Untertitel heißt es "Zyklon B macht frei". Über die Strafrechtliche Relevanz des dort transportierten Gedankengutes schienen sich die Verantwortlichen durchaus bewusst zu sein. In den Regel hieß es: "Dieses Forum sollte ziemlich sicher sein, da wir uns auf einem amerikanischen Server befinden. Natürlich kann es jederzeit wieder passieren, dass es gelöscht wird (...)Außerdem bitten wir euch von Grüßen wie "heil HITLER" Abstand zu nehmen, da die Amis diesen Namen auch kennen (...), heil genügt vollkommen".

Mittlerweile ist das Forum nicht mehr erreichbar.

Die Judenverachtung von Charmain Litke spiegelt sich nicht allein in ihrer ehemaligen Tätigkeit im "Blutzschutz"-Forum wieder sondern sie prahlt geradezu mit ihrem provokativen Auftritt in der Gedenkstätte Bergen-Belsen in einem Beitrag im christhant-Forum vom 17. April 2004: "Mit Martyr und Sathassirkh im KZ Bergen Belsen zum 60.Jahrestag der Befreiung, biertrinkend spazieren gehen (Gesprächsthema beim spazieren gehn war "grillen") und beim verlassen des Geländes von den Grün weißen begleitet zu werden und von ex-Häftlingen "bad people" genannt zu werden ist immer PURE HOLOCAUST BLÄCK METÄL. Dann die Pesonalien aufnehmen lassen und beim durchsuchen des Kofferraums glück haben das der SS-Totenkopf an der Bomberjacke übersehen wird, ist ebenfalls BLÄCK METAL".

Außerdem scheint sie, sowie die gesamte Gruppe in der sie sich bewegt, wenig Berührungängste zu den Neonazis aus dem Umfeld der Kameradschaft 73 zu haben. Litke drückt das so aus: "Also ich habe absolut keine probleme mit unseren kahlrasierten kameraden ... sind sogar sehr viele in meinem Umkreis." Und so verwundert es auch nicht das Litke und Anhang auf der Nazidemo am 28.01.2006 in Lüneburg, die ja ursprünglich in Celle stattfinden sollte, mitmarschierten.

Dieter Kurz

Celler Neonazi wollten stören

Am 4. Mai fand in Walsrode eine Antifa-Veranstaltung zur Entwicklung der Neonazi-Strukturen zwischen Elbe und Weser statt. Diese war mit 150 TeilnehmerInnen sehr gut besucht. Allerdings versuchten ca. 25 Neonazis die Veranstaltung zu stören, was von dem Veranstalter und der örtlichen Polizei unterbunden wurde. Aus Celle nahmen an dieser Provokation mehrere Neonazis teil, darunter Dennis Bührig, Andre Zwarg und auch Jan Schaper trat seit langer Zeit wieder einschlägig in Erscheinung. Roman Greifenstein aus Munster war ebenfalls mit von der Partie. In Celle ist er durch seine Teilnahme an der Hetendorfer Tagungswoche und durch einen Überfall auf eine Privatparty in Hermannsburg bekannt, für den er im August 1997 zu einer Strafe zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde, wobei eine achtmonatige Bewährungsstrafe mit einfluss.

Polizei dein Freund und Helfer.

So müssen es zumindestens die Celler Neonazis empfinden. Denn am 24. Juni führten diese in Vorwerk einen Propagandtisch durch. Dies ist im Vorfeld gerüchteweise bekannt geworden. Doch sowohl die Polizei als auch die Stadt Celle verweigerten jede Aussage zu Anmelder und Ort des Geschehens. Selbst Ratsmitgliedern und Journalisten wurde keine Auskunft erteilt.

Gleichzeit war an diesem Tag ein riesiges Polizeiaufgebot in der Stadt um evtl. Proteste zu verhindern. So ist in Celle wieder alles beim Alten. Polizei und Stadt spielt den Neonazis

wieder mehr oder weniger aktiv in die Hände. Das vermeintliche Engagement des ehemaligen Verfassungsschutzmitarbeiters und jetzigen Polizeichef Gerd Schomburg stellt sich damit auch für bisher Gutgläubige als Farce dar. Ebenso das Bekenntnis der Celler Polizei in ihrer Pressemitteilung vom 08.06.2006: "Die Polizei (begrüßt) auch die Aktivitäten des "Bündnis gegen Rechtsextremismus" aus Celle. Thieme dazu: "Wir begrüßen nachdrücklich die Bemühungen von Gewerkschaften und Kirchen, zusammen mit den hiesigen politischen Kräften Aktionsformen zu finden, die kreativ und gewaltfrei sind. Die Polizei wird alles unterstützen, was sich im rechtlichen Rahmen bewegt. Wir brauchen hier keine braunen Tendenzen".

Der Neonazi Daniel Gräf weint

Offensichtlich sorgt unser Artikel über Daniel Gräf innerhalb der Naziszene für einigen Wirbel. Irgendwer hat unseren Artikel Mitte Mai 2006 auf dem Internetportal Indymedia gepostet. Dadurch sah sich Gräf zu einer Reaktion genötigt und kritisierte "Kameraden", die Informationen aus diesem Artikel unhinterfragt weiterverbreitet zu haben. Er habe nach seinem Rückzug aus der Hamelner Skinheadszone zwar "durchaus Kontakt mit Menschen mit linker Gesinnung" gehabt, aber "nie Kameraden verraten oder Informationen über nationale Zusammenhänge weitergegeben". In der Szene sehen das offenbar einige anders, sonst wäre eine derartige Stellungnahme wohl nicht notwendig gewesen. Mittlerweile hat der in Celle erfolglose Neonazi Gräf seinen Wohnsitz nach Wuppertal verlegt und versucht dort nun politisch im rechten Lager Fuß zu fassen.

»Celle ist die rührigste Quartierstadt« small talk

Die Stadt Celle hat die öffentliche Übertragung von Fußballspielen während der WM auf einer Großleinwand in der Altstadt abgesagt. Man befürchtete, dass sich polnische Hooligans unter die Saisonarbeiter bei der Spargelernte mischen könnten. Die Jungle World rief bei der Pressestelle der Stadt an.

Guten Tag. Ich hätte eine Nachfrage wegen der Geschichte mit den Hooligans.

Wollen Sie die ganze Story haben?

Gerne.

Im Endeffekt ist sie harmlos. Ursprünglich wollte die Veranstaltungsleitung 32 WM-Tage lang auf dem Großen Plan, das ist ein großer Platz hier bei uns in Celle, mitten in der Altstadt, ein public viewing machen. Letztendlich gab es ein großes Hin und Her, eine Million unterschiedlicher Stimmen, Celle ist ja ziemlich groß. Und es gab eine riesige Aneinanderkettung von Missverständnissen. Kennen Sie dieses psychologische Beispiel? Sie kommen nach Hause, Ihre Frau stellt Ihnen die Pantoffeln hin und Sie hassen das wie sonst was, aber sagen nie etwas?

Ja, das kenne ich.

Der eine redet die ganze Zeit von Äpfeln, sagt aber nicht, dass er von den Äpfeln redet. Und die Leute denken, was redet der dann da für einen Scheiß über die Birnen.

Ich verstehe.

Und so gab es ein riesiges Hin und Her. Und letztendlich ist dieses public viewing abgesagt worden. Es wurde aber nicht ersatzlos gestrichen, es wurde nur in die CD-Kaserne verlegt. Das ist ein großer Veranstaltungsort.

Wer hatte denn Hinweise auf die Hooligans?

Wenn man es ganz genau nimmt, war das mehr oder weniger eine Veräppelung. Ich glaube, ein Sprecher der Polizei hat davon gesprochen. Ich weiß aber nicht, wie ernst das gemeint war. Die lokale Tagespresse hat das einfach geschrieben, und der Spiegel fand das lustig.

Aber Celle ist kein Austragungsort der WM?

Nein, wir sind nur Quartierstadt. Aber laut Medien sind wir die rührigste Quartierstadt in ganz Deutschland. Wir freuen uns, dass wir mit Angola eine Fußballmannschaft hier abbekommen haben in Celle.

Also ist an der Spargelgeschichte, an den Spargelhooligans nichts dran?

Nein, nein.

interview: stefan wirmer

aus: jungle world, Nummer 23 vom 07. Juni 2006

TERMINE

Fr. 07.07.2006

Munster

Rock against fascism

Nachdem dem Antifa-Konzert mehrmals Steine in den Weg gelegt wurde (Raumverbote), soll es nun doch endlich stattfinden

Sh.: www.alarmsignal-punk.de.vu/

Mit Alarmsignal + Rain for the Trailers

Fr. 07.07. - So, 09.07.2006, Fr. +Sa. 18:00 Uhr, So. 11:00 Uhr

Findelhof, Bockelskamp

Sommerliches Weinfest auf dem Findelhof mit sonntäglichem Jazzfrühschoppen

Sa. 08.07.2006, 15:00 Uhr

Party ab 22.00 Uhr

UJZ Kornstrasse, Hannover

Hofffest

Eintritt frei

Sa. 08.07.2006, 21:30

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30

Hot Summer-Night

Eintritt: 6,00 Euro

So. 16.07.2006, 11:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Häftlinge aus Frankreich im "Aufenthaltslager" Bergen-Belsen

Führung mit Janine Doerry durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers

Mi. 19.07.2006, 19:00 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

"Freiheit stirbt mit Sicherheit"

Veranstaltung mit Ulla Jelpke

So. 23.07.2006, 10:00-18:00 Uhr

Findelhof, Bockelskamp

Flohmarkt

Di. 05.07.2006, 19:00 Uhr

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Infoveranstaltung zur Antifa-Demo in Bad Nenndorf am 29.07.2006

So. 20.08.2006, 10:00-18:00 Uhr

Findelhof, Bockelskamp

Flohmarkt

Mo. 21.08.2006, 09:00 Uhr bis Mo. 01.10.2006, 18:00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Tadeusz Sobolewicz:

Lebensgeschichte als Argument.

Ein deutsch-polnisches

Zeitzeugenprojekt

Sonderausstellung der Stätte der Begegnung e. V., Vlotho

TERMINE

Demotermine:

Fr. 14.07.2006

Bush in Deutschland: "Nicht schon wieder!"

Friedensbewegung beschließt Aktionen zum Bush-Besuch

bundesweite Demo in Stralsund

13. und 15. Juli: Aktionen im ganzen Land

Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von zahlreichen

Friedensorganisationen und globalisierungskritischen Bewegungen haben sich Mitte Juni in Berlin getroffen, um über mögliche Aktionen im

Zusammenhang mit dem neuerlichen Besuch des US-Präsidenten in

Deutschland zu beraten. George W.

Bush war von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch in

Washington nach Stralsund eingeladen worden,

wohin er voraussichtlich am 14. Juli kommen wird.

Bei dem Treffen, das im Haus der Bundeszentrale der Gewerkschaft ver.di

stattfand, war schnell klar, dass sich die Proteste der Friedensbewegung

diesmal vor allem gegen die Kriegsdrohungen gegen den Iran drehen

werden.

www.bush-in-stralsund.de/

Sa. 15. Juli, 17:00 Uhr

Demo gegen Sommerbiwak der 1. Panzerdivision / Hannover

Start:

vor dem Sitz der 1. Panzerdivision

Hans Böckler-Allee / Ecke Freundallee (Straßenbahnhaltestelle

Clausewitzstraße).

Kein Frieden mit der 1. Panzerdivision!

Keine Patenschaft mit MörderInnen!

Keine Ruhe für das Sommerbiwak!

Wiederentwaffnung jetzt!

Bündnis gegen das Sommerbiwak der 1.

Panzerdivision / Hannover

Sa. 29.07.2006

Bad Nenndorf

Am 29.07.2006 wollen Nazis zum wiederholten Male in der niedersächsischen Kleinstadt Bad Nenndorf aufmar-

schieren. Ihr Aufmarsch richtet sich gegen ein britisches Militärgefängnis von 1945 bis 1947 im "Wincklerbad". Die Nazis behaupten, dass dort unschuldige Deutsche gefoltert worden sein sollen. Einer der "unschuldigen Deutschen" war u.a. SS-Waffengeneral Oswald Pohl, dem die "Generalinspektion Konzentrationslagerwesen" zugestanden wurde. Er leitete alle Konzentrationslager und war maßgeblich am industriellen Sterben von mehreren Millionen Juden sowie anderen Verfolgten beteiligt. Mit diesem Aufmarsch am 29.07.2006 leugnen die Nazis folglich bewusst deutsche Verbrechen und verherrlichen das Treiben im Nationalsozialismus. Damit es nicht so weit kommt, werden wir den Nazis die Straße nehmen! Kommt an diesem Tag nach Bad Nenndorf und lasst uns den Nazis einen heißen Empfang bereiten!
www.nazi-stopping.tk/

Sa. 19. August

antifaschistischer aktionstag in wunsiedel

kein rudolf-hess-gedenkmarsch in wunsiedel oder anderswo

Wunsiedel - für viele mittlerweile Synonym für den hier alljährlich geplanten Rudolf-Hess-Gedenkmarsch.

2000 AntifaschistInnen kamen im letzten Jahr zu einem Antifaschistischen

Aktionstag zusammen - den Nazis war der Aufmarsch wenige Tage zuvor verboten worden.

Wir, die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!, werden auch in diesem Jahr einen Antifaschistischen Aktionstag mit

Kundgebung und Demonstration veranstalten, sollte es einen zentralen

Rudolf-Hess-Gedenkmarsch geben. Infos gibt es unter

www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

Ständige Termine:

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Do. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-
Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celler

Individuelle Hilfe bei Problemen
mit dem ALG II
jeden Do., 17-19 Uhr

Rick's Café

Café-Termin von und für
MigrantInnen
2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr